

Offene Fragen der Geschichte Band 8

Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Band 8/016

Chronik vom 25. Mai 1961 bis zum 5. September 1962

25.05.1961

USA: Präsident John F. Kennedy erklärt am 25. Mai 1961 vor dem US-Kongreß (x299/179):

>>... Das große Schlachtfeld für die Verteidigung und Ausbreitung der Freiheit liegt heute in der ganzen südlichen Hälfte unserer Erdkugel, in Asien, Lateinamerika, Afrika und im Mittleren Osten als den Gebieten der aufstrebenden Völker. ...

Wir wären sehr schlecht beraten, wollten wir ihre Probleme nur nach militärischen Gesichtspunkten beurteilen. Keine Anhäufung von Waffen und Armeen kann dazu helfen, Regierungen zu festigen, die untätig und nicht bereit sind, soziale und wirtschaftliche Reformen und die allgemein Entwicklung zu fördern.<<

15.06.1961

DDR: Walter Ulbricht erklärt am 15. Juni 1961 während einer internationalen Pressekonferenz in Ost-Berlin (x296/211 L): >>... (Frage des Korrespondenten der "Frankfurter Rundschau":) ... Herr Vorsitzender! Bedeutet die Bildung einer Freien Stadt Ihrer Meinung nach, daß die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird? Und sind Sie entschlossen, dieser Tatsache mit allen Konsequenzen Rechnung zu tragen?

(Walter Ulbricht:) Ich verstehe Ihre Frage so, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, daß wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, daß eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau; und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt. "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".

Ich habe vorhin schon gesagt: Wir sind für vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen West-Berlin und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Das ist der einfachste und normalste Weg zur Regelung dieser Fragen.<<

17.06.1961

BRD: In Kahl/Main liefert das erste deutsche Kernkraftwerk am 17. Juni 1961 erstmalig Strom.

Der Betreiber des Kernkraftwerkes ist das staatliche Stromerzeugungsunternehmen RWE.

28.06.1961

DDR: Der Staatsrat beschließt am 28. Juni 1961 "Ordnungen über die Aufgaben und die Ar-

beitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ständigen Kommissionen" für innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz in der SBZ (x009/424): >>... Nach den vom Staatsrat am 28.6.1961 beschlossenen "Ordnungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe" kontrollieren sie die "Durchführung der Beschlüsse des Kreistages und des Rates durch die Fachorgane, Betriebe und Einrichtungen".

Sie sollen außerdem "eine breite politische Massenarbeit" organisieren, um den Volkswirtschaftsplan durchzusetzen und die "Entwicklung des sozialistischen gesellschaftlichen Lebens" voranzutreiben. ...

Die Ständigen Kommissionen für innere Angelegenheiten haben sich nach einer Richtlinie der Volkskammer vom 28.8.1957 mit Fragen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, der Stärkung der Bereitschaft zur Verteidigung der Heimat, dem Schutz des sozialistischen Eigentums der Bevölkerungsbewegung, der Einhaltung der Verkehrsdisziplin, dem Brandschutz, der Bekämpfung der Kriminalität, der Unterstützung der Tätigkeit der Gerichte und der Volkspolizei durch die örtlichen Volksvertretungen zu befassen. Sie können die Volksvertretung auffordern, an der Tätigkeit der Gerichtsorgane oder der Volkspolizei in ihrem Zuständigkeitsbereich Kritik zu üben.

Ihre Hauptaufgabe ist es, Verbindung zwischen den Volksvertretungen und der Justiz und der Volkspolizei zu halten und diese Organe bei bestimmten Aufgaben ... zu unterstützen. Sie haben ferner der Bevölkerung besondere parteipolitische Entscheidungen der Justiz und der Volkspolizei zu erläutern und damit zur ideologischen Erziehung beizutragen. In enger Zusammenarbeit mit der Nationalen Front, den Gewerkschaften und den sozialistischen Brigaden müssen die Ständigen Kommissionen für innere Angelegenheiten die "breiteste Einbeziehung der Werktätigen in den Kampf um Sicherheit und Ordnung organisieren" (Neue Justiz 1960, S. 330).<<

30.06.1961

DDR: Die sowjetischen Besatzungstruppen verfügen am 28. Juni 1961 über 10 Panzer- und 10 mechanisierte Divisionen (mit rund 7.500 Panzern), 1 Luftarmee (mit rund 900 Flugzeugen) sowie Raketen-Einheiten (x009/67).

BRD: In Bonn wird am 28. Juni 1961 das Bundesgesetz für die Sozialhilfe verkündet. Die Sozialhilfe löst danach die bisherige "Fürsorge" ab und soll jedem Bürger ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren.

01.07.1961

DDR: Am 1. Juli 1961 meldet die SED, daß es rd. 1 Million Fernsehteilnehmer gibt (Bundesrepublik Deutschland = 4 Millionen).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Fernsehen" in der SBZ (x009/127): >>... Das Fernsehen steht im Dienst der politischen Propaganda. "Die ständige Verbindung mit den Arbeitern in den Betrieben, den Bauern im Dorf verleiht auch dem Fernsehen den Charakter eines kollektiven Propagandisten, Agitators und Organisations" ("Der Rundfunk", Nr. 42/1952, S.2).

Das Fernsehen soll vor allem auf dem flachen Land eingeführt werden, weil Presse und Rundfunk dort die geringste Resonanz haben.

Auf die Möglichkeit des Empfangs in der Bundesrepublik wird mit technischen Mitteln und Sondersendungen hingezielt; andererseits empfängt ein beträchtlicher Teil (etwa 70 %) der Fernsehteilnehmer in der SBZ westdeutsche Sendungen. Durch den Bau von Gemeinschaftsantennen, die ausschließlich auf den Kanal des Ostfernsehens ausgerichtet sind, versucht man seit Herbst 1959, den Empfang westdeutscher Sendungen zu verhindern.

1965 soll das sowjetzonale Fernsehen auf 95 % des Gebietes der SBZ empfangen werden

können; zur Zeit werden nur knapp über 60 % erreicht. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Rundfunk" in der SBZ (x009/374): >>... Die Programmgestaltung des gesamten Rundfunks der SBZ ist der Propaganda und den sonstigen politischen Erfordernissen des Regimes angepaßt; sie erfolgt an Hand von detaillierten Weisungen der Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED.

Durch 400 Störsender versucht die SBZ, den Empfang westlicher Rundfunkstationen zu verhindern. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Nachrichtenpolitik" in der SBZ (x009/301): >>Die Nachrichtenpolitik wird als Mittel des Klassenkampfes angesehen.

"Es gibt keine Nachricht schlechthin", vielmehr besitzt "die Nachricht Klassencharakter". Grundsätzlich sollen nur solche Nachrichten veröffentlicht werden, die "den Leser am besten und lebendigsten von der Richtigkeit der Politik unserer Regierung zu überzeugen" vermögen (Neue Presse, Nr. 3/1954, S. 31). Nachrichten und parteilicher Kommentar werden nicht getrennt.

Die Einheitlichkeit der Nachrichtenpolitik wird durch das Nachrichtenmonopol des ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst) garantiert. Negatives darf nur im Rahmen der Kritik und Selbstkritik publiziert werden. Nachrichten aus der Sowjetunion und aus den anderen Ostblockstaaten werden von der sowjetischen Agentur TASS und den übrigen Osblock-Agenturen übernommen.

Nachrichten westlicher Agenturen über die Bundesrepublik werden häufig sinnverfälschend zusammengestrichen oder verdreht. Über wirtschaftliche Fortschritte u.ä. in kapitalistischen Staaten darf positiv nicht berichtet werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Bewußtseinsbildung" in der SBZ (x009/74): >>Die Bedeutung der Bewußtseinsbildung ist in totalitären Herrschaftssystemen früher erkannt worden als in Demokratien, und der Ausdruck Bewußtseinsbildung entstammt daher auch ihrem Vokabular.

Auch die totalitäre Diktatur sucht ihre Bestätigung und Legitimation im "Volkswillen", veranstaltet zu diesem Zweck von Zeit zu Zeit akklamatorische Abstimmungen oder plebiszitäre Wahlen, muß aber deren Ergebnisse durch einen zentral gesteuerten Apparat der Bewußtseinsbildung, durch Polizeiterror und vielfach noch durch nachträgliche Fälschung manipulieren.

Vielfältige Methoden der Bewußtseinsbildung dienen dazu, die Bürger geistig und seelisch im Sinne des Machthabers zu formen, daß sie den ihnen vorgeschriebenen Denkstil annehmen und zu Urteilen und Entschlüssen kommen, die den Zielen der Regierung entsprechen.

In der SBZ wie in allen kommunistischen Staaten ist die Ideologie das wichtigste Argument der Bewußtseinsbildung. Genau dosierte Kenntnisse über diese Ideologie zu verbreiten, ist Aufgabe aller Institutionen zur Schulung, insbesondere der Kader.

Der Verbreitung der Ideologien und damit der Bewußtseinsbildung dienen aber auch das Erziehungswesen, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen sowie im weiteren Sinne alle Arten von Agitation und Propaganda, zur Bewußtseinsbildung gehört schließlich alles, was zur Festigung eines sozialistischen Bewußtseins und zur Ausrichtung eines jeden Bürgers der DDR auf die Staats- und Parteiziele beitragen kann, z.B. Kunst und Literatur, das Filmwesen und Produktionspropaganda.

Die kommunistische Bewußtseinsbildung ist in ihrem Wesen nach ausschließlich; sie schirmt darum die von ihr Erfassten gegen Einflüsse anderer geistiger Herkunft ab, vermeidet echte Diskussionen und ist intolerant und kritikfeindlich. Erfolg oder Mißerfolg der kommunistischen Bewußtseinsbildung sind nicht einheitlich zu beurteilen. ... Da viele Menschen be-

stimmte politische Begriffe überhaupt nur nach kommunistischer Definition kennen, bewegen sie sich in kommunistischen Kategorien auch dann, wenn sie gegen das Regime Stellung beziehen.

Folge der kommunistischen Bewußtseinsbildung ist auch, daß die Politisierung des gesamten Lebens hingenommen, ihr Fehlen im "Westen" unter Umständen als Schwäche empfunden wird.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ideologie" in der SBZ (x009/186): >>Wörtlich Ideenlehre ... In der modernen politischen Praxis dient die Ideologie der geistig-weltanschaulichen Verklärung und Rechtfertigung machtpolitischer Handlungen, vornehmlich in totalitären Staaten. Indem jeglicher Zweifel an ihrem Wahrheitsgehalt als sündhaftes Verbrechen erklärt und geahndet wird, erhält sie scheinreligiösen Charakter. Die Auslegung der "wahren Lehre" behalten sich die Machthaber jeweils im Sinne ihrer eigenen Interessen vor.

Der tatsächliche Einfluß einer Ideologie auf die Handlungen ihrer "Vollstrecker" ist schwer abzuschätzen. Auf jeden Fall ist er weitaus geringer als vorgegeben und auch als vielfältig angenommen wird. Wenngleich die bolschewistischen Machthaber bedenkenlos und zynisch immer wieder gegen die Grundsätze ihrer Ideologie verstoßen, so sind ideologische Richtungskämpfe mindestens als Ausdruck von Machtkämpfen von Bedeutung. - In letzter Konsequenz ist die Ideologie ein geistiges Instrument zur Ausübung der Macht.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Propaganda" in der SBZ (x009/343): >>... Nach herkömmlicher Auffassung wird unter politischer Propaganda eine Form der Aufklärung begriffen, die nicht so sehr den Verstand als die emotionalen Kräfte im Menschen anspricht und sich dazu weniger des überzeugenden Wortes in Rede und Schrift als vielmehr der massiveren und vielfach gleichzeitigen Wirkung von Bild und Ton bedient.

Die Wirkung der Propaganda ist unter rechtsstaatlichen Verhältnissen dadurch begrenzt, daß mißbräuchliche Anwendung ihrer Mittel leicht zurückschlägt, also der Absicht des Propagandisten entgegenwirkt, sei es, daß er durch allzu plumpe Methoden das Mißtrauen der Angesprochenen erregt, sei es, daß er durch Verstöße gegen die Wahrheit den Gegner auf den Plan ruft, der unter Umständen sogar Rechtsmittel gegen ihn in Anspruch nehmen kann.

Im totalitären Staatswesen (wie im Dritten Reich oder in der Sowjetunion und ihren Satelliten einschließlich der SBZ) fehlt es der politischen Propaganda an einer derartigen Kontrolle; infolgedessen beherrscht sie dort die staatsbürgerliche Aufklärung und das gesamte öffentliche Leben derart uneingeschränkt, daß schließlich die Bevölkerung jede amtliche Äußerung als Propaganda und damit als Schwindel ansieht.

Während in der Bundesrepublik die kritische Einstellung der denkenden Bürger die staatsbürgerliche Aufklärung weitgehend bestimmt, stellen die Propagandamethoden der SBZ eher noch eine Vergrößerung des nationalsozialistischen Propagandastils dar.

Unter dem Einfluß und nach dem Muster der Sowjetunion steuern Partei und Regime eine Propagandamaschinerie, die sich nicht nur der traditionellen Formen der Volksrede, der Plakate und Transparente bedient, sondern die vom Regime gegängelte Presse, den Rundfunk, den Film, das Theater, das Kabarett mit Beschlag belegt, vor allem aber die Bürger in den Aufklärungslokalen und in den von der Partei diktierten Briefaktionen beansprucht.

Obschon diese Häufung der Mittel die propagierten Lehren bei den Opfern der Propaganda nicht glaubwürdiger macht, darf man den einschüchternden Eindruck der Massierung nicht unterschätzen, dem vor allem die Jugend und leicht beeinflussbare Menschen ausgeliefert sind; er wird nur teilweise durch die Offensichtlichkeit von Schwindelparolen neutralisiert ...

Die Ausstrahlungen der sowjetzonalen Propaganda in die Bundesrepublik sind nur insoweit erst zu nehmen, als sie mit falschen Friedens- und Wiedervereinigungsparolen arbeitet ...<<

BRD: Die FDJ-Organisation "Frohe Ferien für alle Kinder" (Sitz: Düsseldorf) wird am 1. Juli

1961 als verfassungswidrig eingestuft und in der Bundesrepublik Deutschland verboten.

12.07.1961

BRD: Der Bundestag verabschiedet am 12. Juli 1961 das sog. "Vermögensbildungsgesetz" bzw. "312-Mark-Gesetz", um die Vermögens- und Kapitalsbildung der einkommensschwächeren Arbeitnehmer zu fördern.

05.08.1961

UdSSR: In Moskau vereinbaren die Warschauer-Pakt-Staaten am 5. August 1961, bis Ende 1961 einen Friedensvertrag mit Deutschland, notfalls nur mit der DDR, zu schließen (x009/521).

07.08.1961

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow kündigt am 7. August 1961 in einer Rundfunkrede die Verstärkung der Sowjet-Streitkräfte an.

12.08.1961

DDR: Die SED-Regierung bezeichnet am 12. August 1961 die Demarkationslinie zwischen dem Sowjetsektor und den Westsektoren als Teil der "Grenze der DDR" und ordnet Grenzkontrollen an (x301/147): >>... Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militärischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist.

Es ist an den Westberliner Grenzen eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um der Wühl­tätigkeit den Weg zu verlegen.<<

Zugleich werden die bisherigen rund 80 Übergänge auf 12 vermindert (x009/92).

13.08.1961

DDR und Berlin: Die Sektorengrenze und die Demarkationslinie nach West-Berlin werden im Einvernehmen mit den Warschauer-Pakt-Staaten am 13. August 1961 abgeriegelt.

Bis auf 7 Sektorenübergänge, die scharf kontrolliert werden, schließt man alle Übergänge nach West-Berlin. Ost-Berlin wird militärisch besetzt. An der Ost-Berliner Sektorengrenze errichtet man gleichzeitig Stacheldrahthindernisse, um die eigene Bevölkerung gewaltsam im Land zu halten. Es ereignen sich vielerorts dramatische Zwischenfälle.

Die Abriegelungsmaßnahmen in der SBZ (Beginn des Mauerbaues in Berlin) werden vor allem mit der Abwerbung (Bezeichnung für die Verleitung zur Republikflucht) begründet. Allein vom 1. Januar bis zum 13. August 1961 fliehen 155.402 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen. Nach Sperrung der Grenze und dem Bau der Mauer versiegt der Flüchtlingsstrom nach Westdeutschland und West-Berlin. West-Berliner dürfen Ost-Berlin nur noch mit Aufenthaltsgenehmigungen betreten.

Die Akademie der Wissenschaften der DDR berichtet später über den Beginn des Mauerbaues in Berlin (x243/208): >>Am 13. August (übernahmen) Einheiten der (NVA), der Kampfgruppen, ... im engen Einvernehmen mit den in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräften den militärischen Schutz der Staatsgrenze der DDR.

Sie errichteten Grenzbefestigungen an der Staatsgrenze zu Westberlin. ... Die Sicherheitsmaßnahmen ... schoben der Wühl­tätigkeit, die von Westberlin gegen die sozialistischen Länder betrieben wurde, einen Riegel vor, durchkreuzten die Aggressionspläne des Imperialismus. ...<<

Der Leipziger Universitätsprofessor Ernst Bloch (1885-1977), der seit 1958 Vorträge in Westeuropa hält, schreibt später an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin (x148/63-64): >>Sehr verehrter Herr Präsident,

seit Mai 1949, nach meiner Rückkehr aus der Emigration in Amerika, lebte ich, nachdem ich eine Berufung auf den Leipziger Lehrstuhl für Philosophie angenommen hatte, in dem Staat,

der sich nachher als Deutsche Demokratische Republik bezeichnete.

In den ersten Jahren meiner Universitätstätigkeit erfreute ich mich ungehindert der Freiheit des Wortes, der Schrift und der Lehre.

In den letzten Jahren hat sich diese Situation zunehmend geändert. Ich wurde in Isolierung getrieben, hatte keine Möglichkeit zu lehren, der Kontakt mit Studenten wurde unterbrochen, meine besten Schüler wurden verfolgt, bestraft, die Möglichkeit für publizistisches Wirken wurde unterbunden, ich konnte in keiner Zeitschrift veröffentlichen, und der Aufbau-Verlag in Berlin kam seinen vertraglichen Verpflichtungen meinen Werken gegenüber nicht nach. So entstand die Tendenz, mich in Schweigen zu begraben.

Demgegenüber gaben mir seit geraumer Zeit Universitäten, Zeitschriften und mein Verlag in Westdeutschland Gelegenheit, zu lehren, zu publizieren und meine bisherigen Arbeiten ungestört fortzusetzen.

Nach den Ereignissen vom 13. August, die erwarten lassen, daß für selbständig Denkende überhaupt kein Lebens- und Wirkungsraum mehr bleibt, bin ich nicht mehr gewillt, meine Arbeit und mich selber unwürdigen Verhältnissen ... auszusetzen. Mit meinen 76 Jahren habe ich mich entschieden, nicht nach Leipzig zurückzukehren.

Ich muß Ihnen deshalb, sehr verehrter Herr Präsident mitteilen, daß ich bei künftigen Sitzungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften, deren ordentliches Mitglied ich bin, zu meinem wahren Bedauern nicht mehr anwesend sein kann.

In besonderer Wertschätzung sehr ergeben

Ernst Bloch<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über den Bau der Berliner Mauer (x287/195): >>Am 15. Juni hatte der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht noch versichert: "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten".

Aber unter dem zunehmenden Druck der Fluchtbewegung aus der DDR und Ost-Berlin durch das Schlupfloch nach West-Berlin entschließen sich die Führungen in Moskau und in Ost-Berlin, die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu verhindern.

Ulbricht läßt daher am 13. August 1961 beide Teile Berlins auf einer Länge von 45 km und die Westsektoren von der DDR auf einer Länge von 120 km durch eine Mauer trennen, um die "Abstimmung mit den Füßen" gegen sein Regime zu stoppen.

Die Teilung Deutschlands ist damit zementiert. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Grenzübergänge" der SBZ (x009/164-165): >>In der SBZ amtlich als Kontrollpunkte bezeichnet.

Das Regime der SBZ wendet die Bezeichnung Grenzübergänge widerrechtlich auch auf Übergänge über die Demarkationslinien an.

Zulässig ist die Bezeichnung nur für die Übergänge aus der SBZ ins tschechoslowakische Staatsgebiet: 1. Schandau/Elbe (Bahn); 2. desgleichen für Binnenschiffe; 3. Zinnwald (Kreis Dippoldiswalde) südlich Altenberg/Erzgebirge (für Straßenverkehr), das am 1.10.1958 an die Stelle von Schmilka/Elbe (südöstlich von Schandau) trat; b) für die Seeübergänge aus der SBZ (... Fährschiffe) nach Dänemark und Schweden; Warnemünde und Saßnitz (Rügen).

Nicht als Grenzübergänge dürfen an sich bezeichnet werden a) die Übergangspunkte auf der Demarkationslinie zwischen der SBZ und der Bundesrepublik (fälschlich oft Zonengrenze genannt); b) die Übergänge zwischen der SBZ und den polnisch besetzten deutschen Ostgebieten (Oder-Neiße-Linie) dies sind: 1. Frankfurt/Oder (Bahn und Straßenverkehr); ... 3. Görnitz (Bahn), 4. Gartz (West-Oder, nordöstlich Angermünde (Binnenschiffe); c) Die Übergänge auf der besonders geregelten Linie zwischen einerseits den Westsektoren Berlins (West-Berlin) und andererseits dem Sowjetsektor Berlins und der SBZ. Hier ist besonders wichtig: Dreilinden, südwestlich von West-Berlin, Autobahn).

Abgesehen von einigen Sonderregelungen für örtlichen Wirtschaftsverkehr erlaubt die Regie-

rung der SBZ für den allgemeinen Verkehr nur ganz wenige Übergänge: 3 in die Tschechoslowakei, 2 an der Ostsee, 4 in die polnisch besetzten deutschen Ostgebiete. ... An allen anderen Übergängen ist der Verkehr streng verboten und wird schärfstens verhindert. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Grenzgänger" (x009/163): >>... (Allgemeine) Bezeichnung für Personen, die in West-Berlin arbeiteten und in Ost-Berlin oder in dem sowjetzonalen Randgebiet wohnten oder umgekehrt dort arbeiteten und in West-Berlin wohnten) entstand nach der Währungsreform.

Die in West-Berlin arbeitenden Grenzgänger erhielten nur einen Teil ihres Lohnes in DM West, der restliche Lohn wurde vom Arbeitgeber in DM Ost ausgezahlt. Der West-Berliner Arbeitgeber mußte den dem Ostgeldanteil entsprechenden Betrag in DM West an die Lohnausgleichskasse in West-Berlin abführen. Aus dieser Kasse wurde der Umtausch eines Teils des in Ostgeld empfangenen Lohnes der in Ost-Berlin oder in der SBZ arbeitenden Grenzgänger in Westgeld finanziert.

1949 arbeiteten mehr als 100.000 West-Berliner in Ost-Berlin und in der SBZ. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung West-Berlins und der Abnahme der Arbeitslosigkeit ging diese Zahl ständig zurück und betrug Anfang August 1961 nur noch 13.000. Darunter rd. 6.000 Eisenbahner und annähernd 3.500 freischaffende Künstler, Artisten und Schausteller.

Demgegenüber arbeiteten vor dem 13.8.1961 noch annähernd 60.000 Ost-Berliner oder Bewohner der Randgebiete in West-Berlin gegenüber etwa 70.000 im Jahre 1949.

Diese Grenzgänger waren seit 1952 ständiger Kritik des SED-Regimes und wiederholt größeren Schikanen der Zonen-Funktionäre ausgesetzt, durch die sie zur "freiwilligen" Aufgabe ihrer Arbeitsplätze in West-Berlin veranlaßt werden sollten.

Im Sommer 1961 begann ein förmliches Kesseltreiben gegen diese Grenzgänger. Sie wurden in Zeitungen und Versammlungen öffentlich diffamiert und als Verräter und Spekulanten angeprangert. Die Grenzgänger wurden vom Einkauf bestimmter Industriewaren ausgeschlossen und mußten ab 1.8.1961 die Miete und alle öffentlichen Gebühren in DM West bezahlen. Diese Zwangsmaßnahmen wurden durch Ausweisungen vieler Grenzgänger aus ihren Wohnungen und vor allem durch zahlreiche Strafverfahren wegen "illegaler Geldeinfuhr" ergänzt. Trotzdem sank die Zahl der in West-Berlin arbeitenden Grenzgänger bis zum 13.8.1961 nur um etwa 3.000, fast ebenso viele flohen in dieser Zeit nach West-Berlin.

Durch die gewaltsamen Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13.8.1961 in Berlin wurde den im sowjetischen Machtbereich wohnenden Grenzgängern die weitere Arbeit in West-Berlin unmöglich gemacht. Sie mußten sich bei ihren früheren Betrieben in Ost-Berlin melden oder bei den Arbeitsämtern ihres Wohnsitzes zum Nachweis einer "geeigneten Tätigkeit" registrieren lassen. Die meisten der ehemaligen Grenzgänger erhielten jedoch keine ihren Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung. Sie mußten "zur Bewährung" schlecht bezahlte schwere körperliche Arbeit in sog. Schwerpunktbetrieben aufnehmen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Flüchtlinge" aus der SBZ (x009/131-134): >>... Seit 1946/47 haben Hunderttausenden Deutsche, meist unter Zurücklassung ihrer Habe, in der Bundesrepublik Deutschland sowie West-Berlin Zuflucht gesucht.

Solchen Flüchtlingen wurde seit 1947 nach den zwischen Beauftragten der westdeutschen Länder abgeschlossenen "Segeberger Beschlüssen" (1947) und den "Uelzener Vereinbarungen" (1949) das Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland gewährt. Die Aufenthaltserlaubnis wurde an Flüchtlinge erteilt, die wegen ihrer politischen Einstellung verfolgt wurden (A-Fälle), und solche, denen aus Gründen der Menschlichkeit Asylrecht zuerkannt wurde (B-Fälle). ...

Über die Gesamtzahl der zugewanderten Flüchtlinge liegen keine vollständigen Unterlagen vor, da eine systematische Erfassung erst 1949 einsetzte. Der weitaus größte Teil der Zuwan-

derer, denen das Asylrecht oder die Notaufnahme verweigert wurde, blieb im Bundesgebiet. Eine Erfassung war nicht möglich.

Daneben sind in großer Zahl Menschen aus der SBZ nach Westdeutschland und nach West-Berlin eingeströmt, ohne die amtlichen Flüchtlingsstellen zu passieren (u.a. kamen bis zum Jahre 1953 rd. 930.000 Personen auf Grund von Zuzugsgenehmigungen der einzelnen Bundesländer, die nur z.T. später im Notaufnahmeverfahren erfaßt wurden).

Für die Zeit von 1945 bis Ende 1951 wird die Zahl der Zuwanderer aller dieser Gruppen mit 931.000 Personen angenommen. Von diesen wurden allein in der Zeit von 1949 bis 1951 allein 492.681 Personen von den amtlichen Flüchtlingsstellen erfaßt.

Seit 1952 (ab 4.2.1952 trat auch in West-Berlin das Bundesnotaufnahmegesetz in Kraft) meldeten sich jeweils innerhalb des halben Jahres nach ihrer Zuwanderung bei den Notaufnahmedienststellen Berlin, Gießen und Uelzen:

Jahr	Anzahl der Sowjetzonenflüchtlinge	Anteil der Sowjetzonenflüchtlinge (bis 24 Jahre)
1952	182.393	52,6 %
1953	331.390	48,7 %
1954	184.198	49,1 %
1955	252.870	52,4 %
1956	279.189	49,0 %
1957	261.622	52,2 %
1958	204.092	48,1 %
1959	143.917	48,3 %
1960	199.188	48,8 %
01.01.-13.08.1961	<u>195.828</u>	49,1 %
	<u>2.234.687</u>	49,9 %

Die hohe Flüchtlingszahl im Jahre 1953 war eine Folge des Juni-Aufstandes. Mit 47.433 Flüchtlingen im August 1961 wurde abermals ein Höchststand erreicht, wie er seit Jahren nicht verzeichnet wurde.

Unter den Sowjetzonenflüchtlingsen befinden sich im Durchschnitt mehr als 60 % im Erwerbsleben stehende Personen. Auch ein beachtlicher Teil der Intelligenz kehrte dem "Ulbricht-Staat" den Rücken. ...

Es ist bezeichnend, daß zwischen 1954 und September 1961 allein 101.167 Angehörige landwirtschaftlicher Berufe, darunter 24.004 (23,1 %) selbständige Bauern, Tierzüchter, Forstwirte und Gartenbauer geflüchtet sind.

Zur Eindämmung dieser unaufhörlich fortschreitenden Abwanderung wurde im Dezember 1957 - anstatt eines Versuchs zur Besserung der Lebensverhältnisse - eine Verschärfung der Bestimmungen für Vergehen gegen das Paßwesen geschaffen und die Ausgabe von Interzonenpässen für Reisen in die Bundesrepublik Deutschland bedeutend eingeschränkt.

Infolgedessen ist auch die Zahl der Flüchtlinge, die im Interzonenverkehr kamen, ... zurückgegangen.

Das Bundesvertriebenengesetz stellt die "anerkannten Sowjetzonenflüchtlinge" bei allgemeinen Hilfsmaßnahmen den Flüchtlingen gleich. Der Entscheid der Notaufnahmedienststellen über die Aufenthaltserlaubnis wegen "Zwangslage" gilt aber noch nicht als Entscheid über die Zuerkennung der Eigenschaft als "Sowjetzonen-Flüchtling". Hierüber und damit über die Erteilung des Bundes-Flüchtlingsausweises C entscheiden die Flüchtlingsbehörden der Länder. Seit 1954 bis 30.6.1961 wurden insgesamt 457.070 C-Ausweise für 624.817 Personen (einschließlich der darin eingetragenen Kinder bis 16 Jahren) ausgestellt.

Schon vor 1949, mehr noch seitdem war und ist der Strom der Flüchtlinge ein Beweis dafür,

daß

1. die überwiegende Mehrheit der Deutschen in der SBZ die dort herrschende staatskapitalistische Mißordnung ablehnt, und daß

2. Millionen so sehr bedrückt wurden, daß sie ihre Heimat und ihre Existenz preisgaben (von 1952-1961 rd. 2,2 Millionen Sowjetzonenflüchtlinge).

Die Flut der Flüchtlinge war und ist eine Abstimmung mit den Füßen gegen den Kommunismus.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Flüchtlingsvermögen" in der SBZ (x009/134-135): >>Das Vermögen von Flüchtlingen wurde nach Verordnung zur Sicherung von Vermögenswerten vom 17.7.1952 beschlagnahmt. Am 11. Juni 1953 ist diese Verordnung aufgehoben worden. Der Flüchtling, der die SBZ nach dem 10.6.1953 verlassen hatte, konnte seitdem einen Verwalter für die zurückgelassenen Vermögenswerte einsetzen. Tat er das nicht, war vom Staatlichen Notariat ein Abwesenheitspfleger oder in Sonderfällen vom Rat des Kreises ein Treuhänder zu bestellen.

Nach dem Inkrafttreten der Neufassung des Paßgesetzes im Dezember 1957 wurden die von den Flüchtlingen eingesetzten Verwalter von den Behörden der SBZ häufig nicht mehr anerkannt. ... Das Flüchtlingsvermögen wurde ... unter staatliche Treuhandverwaltung gestellt.

Nach internen Dienstanweisungen hat der Treuhänder die zurückgelassenen beweglichen Vermögenswerte zu verkaufen. Der Erlös des meist zu Schleuderpreisen verkauften Flüchtlingsvermögens sowie etwaige Guthaben bei Kreditinstituten werden an die Staatskasse abgeführt.

Grundstücke, mit gelegentlicher Ausnahme von Einfamilienhäusern, werden nicht verkauft, sondern durch den Rat des Kreises, VEB Kommunale Wohnungsverwaltung, verwaltet. Die Treuhandverwaltung wird in das Grundbuch eingetragen. Alle Grundstücke einer Treuhandverwaltung werden gemeinsam verwaltet und abgerechnet. Von diesem Gesamtkonto, auf das die Einnahmen aus sämtlichen Grundstücken eingezahlt werden, werden die öffentlichen Lasten und Zinsen von Hypotheken staatlicher Kreditinstitute bezahlt. Ansprüche privater Hypothekengläubiger werden im allgemeinen nicht befriedigt.

Betriebe von Flüchtlingen werden "volkseigenen" Betrieben oder Produktionsgenossenschaften zur Nutzung überlassen oder in einem Konkursverfahren aufgelöst.<<

14.08.1961

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 14. August 1961 über den Bau der Berliner Mauer (x303/152): >>... Die vom Regime der Sowjetzone mit der Rückendeckung des Warschauer Paktes in Berlin angeordneten Maßnahmen haben der ganzen Welt mit einem Schlag klar gemacht, wie explosiv und unmittelbar die Gefahr geworden ist.

Durch die Straßen Ostberlins rollten am Sonntag wie beim Volksaufstand 1953 die Panzer der Sowjetarmee, (um) die Bevölkerung einzuschüchtern und ihr die nackte Gewalt der Waffen anzudrohen.

Ulbricht, seine Kumpane und Chruschtschow wissen, daß sie Berlin in ein Gefängnis der Unterdrückten verwandelt haben.<<

15.08.1961

Berlin: Die 3 westlichen Stadtkommandanten protestieren am 15. August 1961 gegen die Abschneuerung Ost-Berlins und gegen den Bruch der Vier-Mächte-Vereinbarung.

Die Stacheldrahtverhaue werden durch Mauern ersetzt. DDR-Wachposten beschießen Flüchtlinge (x009/522).

16.08.1961

BRD: Das BdV-Präsidium verurteilt am 16. August 1961 den Bau der Berliner Mauer (x155/-87-88): >>Mit tiefster Empörung hat das Präsidium des Bundes der Vertriebenen den Anschlag der sowjetzonalen Handlanger Moskaus gegen die menschliche Freiheit in Mittel-

deutschland und Ost-Berlin verfolgt.

Die 13 Millionen deutschen Heimatvertriebenen, die selbst Opfer einer Verletzung der Menschenrechte sind und von denen nur der größere Teil das Glück gehabt hat, in den Bereich der Freiheit zu gelangen, können aus eigenem leidvollen Erleben das ganze Ausmaß des Unglücks ermessen, das die Deutschen in Berlin und der Zone betroffen hat. ...<<

23.08.1961

Berlin: 6 weitere Sektorenübergänge werden am 23. August 1961 geschlossen.

Die sowjetischen Truppen fordern, mindestens 100 m Abstand zur Sektorengrenze zu halten. Die westlichen Besatzungsmächte bringen daraufhin Geschütze und Panzer an der Sektorengrenze in Stellung (x009/522).

24.08.1961

DDR: Der Ministerrat erläßt am 24. August 1961 eine "Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung".

In dieser Verordnung droht das SED-Regime mit Zwangsarbeit und Verbannung.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Aufenthaltsbeschränkung" in der SBZ (x009/43): >>Mit der "Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung" vom 24.8.1961 hat der Ministerrat das Strafgesetzbuch um eine neue Straftat erweitert.

Aufenthaltsbeschränkung kann zusätzlich zu Freiheitsstrafe oder bei einer bedingten Verurteilung ausgesprochen werden, "wenn die Fernhaltung der Person von bestimmten Orten und Gebieten im Interesse der Allgemeinheit oder eines einzelnen geboten oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht ist" (§ 1 Abs. 2).

Auf Aufenthaltsbeschränkung kann aber auch durch Urteil eines Kreisgerichts auf Verlangen der örtlichen Organe erkannt werden, wenn der Betroffene keine Straftat im Sinne des Strafgesetzbuches begangen hat. Es genügt, daß die allgemeinen Voraussetzungen für eine Aufenthaltsbeschränkung (Gefahren für die Allgemeinheit oder einen einzelnen oder Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) als gegeben angesehen wird.

Durch die Aufenthaltsbeschränkung wird dem Verurteilten der Aufenthalt an bestimmten Orten untersagt, und es kann ihm der Aufenthalt in bestimmten Orten oder Gebieten vorgeschrieben werden. Er kann ferner verpflichtet werden, eine bestimmte Arbeit aufzunehmen. Auch ohne Ausweisung kann Arbeitserziehung angeordnet werden.

Hält ein Verurteilter die ihm gegenüber verhängte Aufenthaltsbeschränkung nicht ein oder kommt er einer Arbeitsverpflichtung nicht nach, kann er mit Gefängnis bestraft werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitserziehung" in der SBZ (x009/29-30): >>Eine neue Art von Zwangsarbeit wurde durch die Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung vom 24.8.1961 eingeführt.

Danach kann einem Verurteilten auferlegt werden, eine bestimmte Arbeit aufzunehmen. Ferner kann gegen "arbeitsscheue" Personen auch wenn sie keine strafbare Handlung begangen haben, auf Verlangen der örtlichen Organe der Staatsmacht durch Urteil des Kreisgerichts Arbeitserziehung angeordnet werden. Die Arbeitserziehung wird in Haftarbeitslagern verbüßt.

Da für "arbeitsscheu" jeder gehalten wird, der die Arbeitsdisziplin wiederholt verletzt hat, sind schrankenloser Willkür bei der Verhängung von Zwangsarbeit Tür und Tor geöffnet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die politischen "Häftlinge" in der SBZ (x009/170): >>... Nach dem 13. August 1961 nahm die Zahl der politischen Häftlinge auf Grund der verschärften Terrorjustiz wieder erheblich zu.

Heute befinden sich noch 10.000 bis 12.000 Menschen auf Grund rein politischer Strafurteile in Haft. Im Strafvollzug werden die politischen Häftlinge genauso behandelt wie die kriminell bestraften, eine Privilegierung oder zusammengefaßte Unterbringung gibt es nicht.

Die politischen Häftlinge werden im Gegenteil in der Regel zu bestimmten Funktionen oder Dienstverrichtungen (Brigadier, Zellenältester, Hausarbeiter), die möglicherweise Vergünsti-

gungen zur Folge haben können, bewußt nicht herangezogen; Ärzte unter den politischen Häftlingen werden nur dann in ihrem Beruf beschäftigt, wenn kein anderer Arzt zur Verfügung steht. Literatur aus der Gefangenenbücherei erhalten politische Häftlinge unter erheblich größeren Schwierigkeiten als kriminell Bestrafte. In der Untersuchungshaft ist die Behandlung der politischen Häftlinge bewußt hart und schikanös.

Nach keinesfalls vollständigen Erfassungen in West-Berlin (Hilfskomitee für politische Häftlinge) wurden von 1945 bis 1960 49.178 Personen registriert, die von Zonengerichten oder sowjetischen Militärtribunalen ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen verurteilt worden sind; davon lauteten 528 Urteile auf Todesstrafe und 654 Urteile auf lebenslängliches Zuchthaus.<<

West-Berlin: An der Sektorengrenze ereignen sich am 24. August 1961 wieder zahlreiche Zwischenfälle.

Der West-Berliner Senat ordnet die Schließung der SED-Geschäftsstellen an.

27.08.1961

Ost-Berlin: An der Sektorengrenze wird am 27. August 1961 eine zweite Mauer errichtet (x009/522).

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow droht am 27. August 1961 mit der absoluten Blockade West-Berlins, falls der Westen wirtschaftliche Sanktionen gegen die DDR beschließen sollte.

August 1961

DDR: In der DDR werden zahlreiche politische Prozesse eröffnet, die man im Schnellverfahren abwickelt.

Im August 1961 verurteilt das Oberste Gericht 9 "Kopffäger" und "Menschenhändler" in zwei Schauprozessen zu insgesamt 78 Jahren Zuchthaus (x009/379).

14.09.1961

DDR: Mit dem Befehl Nr. 39/61 vom 14. September 1961 widerruft der Minister des Innern alle bisher erteilten Registriervermerke, die zum Betreten und Bewohnen des Schutzstreifens und der Sperrzone berechtigten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Befehl Nr. 39/61 (x009/410): >>... Die Genehmigung wird seitdem nur noch Personen erteilt, "die durch ihr bisheriges Verhalten die Gewähr dafür bieten, daß die Sicherheit im Sperrgebiet nicht gefährdet wird". Erneute Zwangsevakuierungen aus dem Sperrgebiet folgten diesem Befehl.<<

15.09.1961

DDR: Die Deutsche Grenzpolizei wird am 15. September 1961 von der Nationalen Volksarmee übernommen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die deutsche "Grenzpolizei" der SBZ (x009/163): >>Bis 1961 militärähnliche Polizeitruppe zur Absperrung der Demarkationslinien und übrigen Grenzlinien der SBZ, zugleich eine Verfügungstruppe.

Die Deutsche Grenzpolizei wurde am 15.9.1961 als "Kommando Grenze" in die Nationale Volksarmee übernommen.<<

17.09.1961

BRD: Bei der 4. Bundestagswahl am 17. September 1961 erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 45,3 %, SPD = 36,2 %, FDP = 12,8 %, GDP = 2,8 %, Sonstige = 2,9 %.<<

01.10.1961

Ost-Berlin: Die Ost-Berliner Bevölkerung muß ab 1. Oktober 1961 innerhalb von 3 Tagen alle DM-Guthaben umtauschen.

02.10.1961

CSR: Die CSR und Polen veröffentlichen am 2. Oktober 1961 in Prag eine Erklärung, in der

die Entschlossenheit bekundet wird, noch im Jahre 1961 einen Separatfrieden mit der DDR abzuschließen.

12.10.1961

BRD: Der westdeutsche Redakteur Lichtenstein wird am 12. Oktober 1961 an der Demarkationslinie durch DDR-Grenzpolizisten erschossen.

22.10.1961

Ost-Berlin: US-Militärpolizisten erzwingen am 22. Oktober 1961 die unkontrollierte Einfahrt eines hohen nordamerikanischen Diplomaten nach Ost-Berlin.

27.10.1961

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow berichtet am 27. Oktober 1961 während des XXII. Parteitages der KPdSU über die Geständnisse bei Stalins Säuberungen (x299/93, x191/142): >>... Ums Leben kamen tausender unschuldige Menschen. ... Den Tod fanden zahlreiche Partei- und Staatsfunktionäre und führende Militärs. ...

Man überzeugte sie, und zwar mit bestimmten Methoden, daß sie entweder deutsche oder englische, oder sonstwelche Spione seien. ...<<

>>... Selbst wenn man diesen Leuten mitteilte, die Anklage wegen Spionage sei zurückgezogen, beharrten sie selber auf ihren früheren Aussagen, da sie es vorzogen, bei den falschen Aussagen zu bleiben, damit die Folterungen nur schneller ein Ende nehmen, damit der Tod nur schneller eintrete.

Das also ist Personenkult!<<

30.10.1961

UdSSR: Der XXII. Parteitag der KPdSU beschließt am 30. Oktober 1961, Stalins Mumie aus dem Mausoleum am Kreml zu entfernen.

Oktober 1961

DDR: Die Gesellschaft für Sport und Technik zählt im Herbst 1961 etwa 600.000 nominelle Mitglieder, davon sind etwa 180.000 aktive Kampfgruppenmitglieder (x009/414).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Stärke der "Nationalen Volksarmee" der SBZ im Oktober 1961 (x009/306): >>Die Machthaber der SBZ vermeiden es grundsätzlich, die Stärke ihrer bewaffneten Kräfte anzugeben. Naturgemäß ist es schwierig, Nachrichten über die Rüstung der SBZ zu beschaffen und richtig einzuschätzen.

Nach zuverlässigen Berichten war die Nationale Volksarmee (NVA) mindestens 190.000 Mann stark: davon Luftwaffe 18.000 und Seestreitkräfte 17.000, unter Kommando Grenze: 48.000. Die Zunahme beruht darauf, daß von August bis Oktober 1961 das Aufgebot der "FDJ-Regimenter" mindestens 50.000 Rekruten für die NVA ergab. ... (Die Bundeswehr verfügte im Jahre 1961 über 320.000 Soldaten). ...<<

13.11.1961

Ost-Berlin: In Ost-Berlin wird am 13. November 1961 die Stalinallee in Karl-Marx-Allee bzw. Frankfurter Allee umbenannt.

14.11.1961

BRD: Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Konrad Adenauer am 14. November 1961 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP.

Die FDP setzt jedoch bereits während der Koalitionsverhandlungen den vorzeitigen Rücktritt Adenauers durch.

19.11.1961

Ost-Berlin: An der Berliner Sektorengrenze beginnt am 19. November 1961 der Bau einer 2. Panzersicherungsmauer (x009/523).

09.12.1961

UdSSR: Ministerpräsident Chruschtschow lehnt am 9. Dezember 1961 die Forderung des nordamerikanischen Präsidenten John F. Kennedy ab, die Autobahn nach Berlin für den inter-

nationalen Verkehr freizugeben.

15.12.1961

Israel: Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann (ein führender NS-Organisator des Völkermordes an den europäischen Juden) wird am 15. Dezember 1961 zum Tod verurteilt.

1961

UdSSR: Während man die massenhaften Kriegsverbrechen der Roten Armee konsequent verdrängt, berichtet man z.B. im Jahre 1961 in sowjetischen Schulbüchern über die deutschen Feudalherren des Mittelalters (x056/62): >>... Die Tätigkeit der Kaiser (im Mittelalter) war nicht auf die Vereinigung des eigenen, sondern auf Raub und Eroberungen in fremden Ländern gerichtet. ... Die deutschen Feudalherren hatten einen Heißhunger darauf, die slawischen Länder zu erobern. ... (Sie) führten Krieg mit schrecklicher Grausamkeit. Sie verstümmelten und erschlugen die Gefangenen, führten Frauen und Kinder in Unfreiheit. ...<<

Im Parteiprogramm der KPdSU von 1961 heißt es (x058/317): >>... Der Kommunismus ist die lichte Zukunft der Menschheit: Der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft ist zur unmittelbaren praktischen Aufgabe des Sowjetvolkes geworden. Das allmähliche Hinüberwachsen des Sozialismus in den Kommunismus ist eine objektive Gesetzmäßigkeit, vorbereitet durch die gesamte vorangegangene Entwicklung der sozialistischen Sowjetgesellschaft.

Was ist Kommunismus?

Kommunismus ist eine klassenlose Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein werden, in der mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auf der Grundlage der ständig fortschreitenden Wissenschaft und Technik auch die Produktivkräfte wachsen und alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums voller fließen werden und wo das große Prinzip herrschen wird: Jeder nach seinen Fähigkeiten; jedem nach seinen Bedürfnissen.

Der Kommunismus ist eine hochorganisierte Gesellschaft freier arbeitender Menschen von hohem Bewußtsein, in der gesellschaftliche Selbstverwaltung bestehen wird, in der die Arbeit zum Wohle der Gesellschaft zum ersten Lebensbedürfnis für alle, zur bewußt gewordenen Notwendigkeit werden und jeder seine Fähigkeit mit dem größten Nutzen für das Volk anwenden wird.

Hohes kommunistisches Bewußtsein, Arbeitsfreude, Disziplin und Ergebenheit den Interessen der Gesellschaft gegenüber sind unveräußerliche Eigenschaften des Menschen der kommunistischen Gesellschaft. ...<<

USA: Präsident John F. Kennedy ändert im Jahre 1961 den Kurs der amerikanischen Entwicklungshilfepolitik für Südamerika.

Seine "Allianz für den Fortschritt" hat zum Ziel, wirtschaftliche und soziale Reformen in den südamerikanischen Republiken zu fördern.

1962

Man muß jedem Hindernis Geduld, Beharrlichkeit und eine sanfte Stimme entgegenstellen.

Thomas Jefferson (1743-1826, nordamerikanischer Politiker)

10.01.1962

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 1/1962 berichtet am 10. Januar 1962 über die Freimaurer: >>**FREIMAURER: Im Labyrinth der Logen**

Nach seiner ersten Rede vor dem Genfer Völkerbund führte der damalige Außenminister der Weimarer Republik, Gustav Stresemann, seine rechte Hand bis etwa zur Höhe seiner linken Brust und strich dann schräg über sein Jackett bis zum rechten Hosenbein. Indem er das Zeichen des Winkelmaßes andeutete, gab sich der deutsche Außenminister als ein "Meister vom -Stuhl" in der Hierarchie des internationalen Ordens der Freimaurer zu erkennen.

Von einer solchen Stresemann-Geste berichtet jedenfalls eine Chronik des zeitgenössischen Freimaurertums, die sich einer erdachten Rahmenhandlung wegen "Roman" nennt. Verfasser der Indiskretionen über prominente Adepten der auch von Goethe praktizierten "Satans-Religion" - so Papst Leo XIII. (1878 bis 1903) - ist der Jesuitenzögling und Skandal-Autor Roger Peyrefitte, der sich bisher in Chroniken und Schlüsselromanen mit dem Diplomatenmilieu, dem römischen Klerus. ("Die Schlüssel von Sankt Peter"), dem Malteser-Orden und sokratischen Freundschaftsbünden beschäftigt hatte. In allen diesen Büchern waren die Resultate sorgfältiger Recherchen mehr oder minder getarnt und romanhaft verkleidet worden.

Peyrefitte arbeitete drei Jahre lang in gemeinhin unzugänglichen Archiven der Freimaurer-Logen, bevor er seine Notizen - fünfzehn vollgeschriebene Schulkladden - zu einem Buch verarbeitete, das in Paris unter dem Titel "Die Söhne des Lichts" erschienen ist. Der Buchtitel bezieht sich auf das Johannes-Evangelium, das in bildlicher Sprache die Begriffe "Licht" und "Finsternis" benutzt und dem sich eine gewichtige Gruppe der Freimaurer besonders verpflichtet fühlt.

Zu den "Söhnen des Lichts", so berichtet das Buch, gehörten außer Stresemann noch andere Staatsmänner und Politiker der jüngsten Geschichte oder Gegenwart, so zum Beispiel Roosevelt und Truman, die in ihren Logen die höchsten Grade der Freimaurer-Würde erkletterten. Auch Churchill, Eisenhower, Mendès-France, der französische Sozialistenführer Guy Mollet und der Präsident des französischen Senats, Monnerville, gelten in der Internationale der Freimaurer als "Brüder".

Autor Peyrefitte, wie in früheren Büchern durch den autobiographischen Helden Georges Sarre repräsentiert, gibt sich, um seine Freimaurer-Forschung zu motivieren, als "Lehrling" der Pariser Loge "Die Neun Schwestern" (Schlüsselname für die Loge "Aufrichtigkeit und Treue") aus und stellt noch eine andere romanhafte Beziehung zur Freimaurerei her. Die Diplomaten-Tochter Francoise, die von Peyrefittes literarischem Double Georges Sarre in einem früheren Buch verführt und dann anderweitig verheiratet worden war und die in den "Söhnen des Lichts" zu Sarre zurückkehrt, empfängt, obwohl praktizierende Katholikin, ihre Weihe in der Pariser Frauenloge "Isis".

Ogleich Papst Klemens XII. (1730 bis 1740) durch seinen Bannfluch die Freimaurer "für alle Ewigkeit" aus der katholischen Kirche ausgeschlossen hatte, sei die Kirche heute, so läßt sich Peyrefitte-Sarre belehren, toleranter gestimmt. Sarre, wie sein Autor Peyrefitte Jesuitenschüler, trifft unter den Freimaurern seinen alten Lehrer Père de Trennes wieder, einen Jesuitenpater, der inzwischen heimlich die Freimaurer-Weihen empfangen hat. Von ihm erfährt Sarre, daß Freimaurer eine Exkommunizierung kaum noch zu befürchten haben; allenfalls werde ihnen ihr Beichtvater besondere Gebete auferlegen.

Der Pater zieht aus seiner Briefftasche eine vergilbte Photographie, die den Kardinal Mastai-Ferretti, den späteren Papst Pius IX., in einem Sessel sitzend zeigt, über seinem Kardinalsmantel trägt er das Band eines Logen-Meisters.

Das kompromittierende Bild, so erfährt der Held Peyrefittes, sei zwar eine Fälschung, aber das Gerücht, daß Pius IX. die Maurer-Weihe empfangen habe, wolle bis heute nicht verstummen; es sei sogar in der verbreiteten französischen Enzyklopädie "Larousse" verzeichnet gewesen. "Die Seligsprechung dieses Papstes", so heißt es in den "Söhnen des Lichts", "zieht sich sonderbarerweise in die Länge - obschon seine Wunderwerke kaum zu zählen sind und obschon er das Dogma der Unbefleckten Empfängnis und der päpstlichen Unfehlbarkeit proklamierte." Vom gegenwärtigen Papst Johannes XXIII. behauptet Peyrefitte, er habe, als er noch Nuntius in Paris war, gute Beziehungen zu prominenten Maurerbrüdern unterhalten.

Der Autor beruft sich dabei auf das Zeugnis des Barons Marsaudon, der, obwohl Maurer höchsten Grades und Mitglied des obersten französischen Logenrates, nach dem letzten Kriege dem Gesandten-Posten des vom Vatikan protegierten Malteser-Ritterordens übernahm.

Mit dem päpstlichen Nuntius Roncalli, dem späteren Papst Johannes XXIII., so behauptet der Baron Marsaudon bei Peyrefitte, habe er lange Gespräche über die Symbolik des Johannes-Evangeliums, des "Evangeliums des Lichtes", geführt. In Erinnerung an diese nächtlichen Gespräche habe der Kardinal Roncalli, als er zum Papst gewählt worden war, den Namen Johannes angenommen, versichert der Baron.

Der Baron Marsaudon erzählt auch die Details einer Audienz, die ihm Johannes XXIII. gewährt habe: "Ich kniete vor ihm nieder, um vom Papst den Segen zu erbitten, den mir der Nuntius erteilt hatte ... Dann bat ich ihn, in meiner Person alle (Freimaurer-) Brüder zu segnen, die so dächten wie ich. Er war einverstanden. Ich bat ihn ferner, alle jene Brüder zu segnen, die nicht so dächten wie ich. Er war einverstanden. 'Heiliger Vater', rief ich aus, 'der Bannfluch ist aufgehoben!' - 'Nein', sagte er lächelnd, 'aber du, mein Sohn, erhebe dich!'"

Peyrefitte läßt seinen Helden eine Bildungsreise in das Labyrinth der französischen Logen unternehmen. Unter seinem Pseudonym Georges Sarre beruft sich Peyrefitte dabei augenzwinkernd auf seine eigenen früheren Bücher, die dem Helden Sarre auch solche Türen öffnen, die sonst verschlossen bleiben. "Er wußte schon so viel", sagt ein früherer Abgeordneter der Radikalen namens Leblond (Schlüsselname für den ehemaligen Abgeordneten Charles Hernu) über Sarre, "daß es kaum noch etwas zu verbergen galt."

Der Abgeordnete Hernu alias Leblond gilt als Bewunderer des Maurers Mendes-France und des Schriftstellers Peyrefitte, der schon früher an ihm beim Händeschütteln jene kitzelnde Vibration eines Fingers verspürte, mit der sich die Logenbrüder untereinander zu erkennen geben. Hernu gehörte zum antiklerikalen Flügel der französischen Freimaurer, zur Loge "Groß-Orient", die wegen ihrer atheistischen Tendenz von der orthodoxen "Groß-Loge von Frankreich" als "irregulär" bekämpft wurde.

Auch Mendes-France, so erfährt der Held Peyrefittes, gehörte dem "Groß-Orient" an - bis ihm nach dem Kriege ein peinlicher Zwischenfall die Freude am Tempeldienst verleidete. Nacheinander erschienen drei Maurer-Rechercheure in seiner Wohnung, um - wie auch bei anderen Logenbrüdern - seine Haltung im Kriege zu überprüfen.

Der erste, so behauptet der Autor der "Söhne des Lichts", verlangte von dem damaligen Wirtschaftsminister de Gaulles ein polizeiliches Führungszeugnis, zwei Lichtbilder und eine eidesstattliche Versicherung, daß er die Vichy-Regierung "weder materiell noch moralisch" unterstützt habe. Der zweite wiederholte die Prozedur, ohne sich um die Einwände des Bruders Mendes-France zu kümmern. Den dritten, der sich anschickte, die gleichen Wünsche zu äußern, so heißt es, setzte Mendes-France "brüderlich-herzhaft" vor die Tür.

Peyrefitte widerspricht der Legende, daß die profilierten Politiker der III. Republik, Clemenceau, Briand, Herriot, Blum und Daladier, Freimaurer gewesen seien: Von ihnen hätte sich Briand bei einer radikal orientierten Loge in Saint-Nazaire nur beworben, sei jedoch zurückgewiesen worden; Herriot habe das gleiche bei einer gemäßigten Loge in Lyon erleben müssen.

Zur Zeit der Volksfront befanden sich in der französischen Deputiertenkammer allerdings 250 Freimaurer; in der letzten Legislaturperiode der - IV. Republik war ihre Zahl auf rund hundert zusammengeschmolzen, und im De-Gaulle-Staat gibt es - nach Auskunft des Chronisten Peyrefitte - nur noch rund zwanzig Deputierte, die sich auf Brüderart die Hand schütteln.

Eine der ersten Handlungen der provisorischen Exil-Regierung de Gaulles während des Krieges war indes die Aufhebung des Logen-Verbots, das von der Vichy-Regierung erlassen worden war. De Gaulle habe - nach Peyrefitte - die internationale Aktivität der französischen Freimaurer begünstigt, indem er zum Beispiel den "souveränen Groß-Kommandeur" des französischen Logenrates Raymond, 1945 nach Amerika entsandte, damit er bei der Weihe Präsident Trumans zum Maurer der höchsten (33.) Stufe zugegen sein konnte.

Äußere Erkennungszeichen entdeckte der Autor der "Söhne des Lichts" nur bei den unteren

Graden der Logenbrüder; die wirklich "Eingeweihten", erläutert er, pflegten ihre Logenzugehörigkeit eher diskret zu behandeln.

Ein Jesuitenpater belehrt Sarre, daß es wahrscheinlich in der Maurer-Hierarchie "unbekannte Obere" gebe, die sich von den Logen fernhielten - einen mysteriösen "Rat der Weisen", der die Freimaurer, mehr als sechs Millionen Logenangehörige, ohne Wissen der Majorität dirigiere und dessen Sitz "etwa" New York sein könne. "Im übrigen ist das Freimaurertum ein Chamäleon, das alle Farben annimmt", erläutert der Jesuit, "eine Hydra, der kein Herkules jemals alle Köpfe abschlagen wird."

In Frankreich hatte sich während des Krieges der Marschall Pétain dennoch an diese Herkules-Arbeit herangewagt; er ließ in Vichy eine Stelle zur Bekämpfung von "Geheimgesellschaften" einrichten, die von Admiral Platon geleitet wurde. Pétain, der den Freimaurern nicht verzieh; 'daß sie ihn einst auf eine "schwarze Liste" gesetzt hatten, machte sie bereits in seiner ersten Proklamation für die Niederlage der französischen Armee verantwortlich - nach dem Beispiel Ludendorffs, der nach dem Ende des Ersten Weltkriegs mit einer ähnlichen Beschuldigung die "Ehre der deutschen Armee" hatte retten wollen.

Während des Zweiten Weltkriegs, so läßt sich Georges Sarre berichten, habe ein Beauftragter der deutschen Sicherheitsbehörden, die in der Freimaurerei einen Hort international-jüdischer Weltverschwörung sahen, den französischen Präfekten Riandey zu sich bestellt, der nicht nur Mitglied des obersten französischen Logenrates, sondern obendrein ein Spitzenfunktionär der Résistance gewesen sei.

Zur Überraschung Riandey's, der mit seiner Verhaftung rechnete, habe ihn der deutsche Beauftragte aber nur nach Logen-Verbindungen prominenter Personen des deutschen Besatzungsregimes gefragt, zum Beispiel wegen des Botschafters Abetz, des Generals von Stülpnagel und sogar wegen des Außenministers Joachim von Ribbentrop. Der Wahrheit entsprechend habe der Präfekt dementiert, daß Stülpnagel oder Ribbentrop zu Freimaurern Beziehungen unterhalten hätten; Abetz dagegen sei vor dem Kriege Gast bei der Pariser "Goethe-Loge" gewesen.

Als Erfinder jenes "V-Zeichens" - der im Winkel auseinandergestellten Zeige- und Mittelfinger -, mit dem Winston Churchill im vergangenen Weltkrieg die Endsieg-Erwartungen der Engländer symbolisierte, stellt Peyrefitte einen englischen Freimaurer vor, den Maler und Schriftsteller Aleister Crowley. Crowley, der dem Premier Churchill diese Geste beibrachte, habe aber nicht den Anfangsbuchstaben des Wortes victory (Sieg) gemeint, sondern die Hörner des Teufels, die er als mystisches Gegenzeichen zum Hakenkreuz wirken lassen wollte. Nach Kriegsende ließ Crowley Porträt-Karten von sich verteilen, auf denen er im Stile Churchills eine dicke Zigarre raucht. Die Unterschrift: "Der Erfinder des V-Siegeszeichens."

In einer Weihe-Prozedur wird Peyrefittes Held Georges Sarre in die Traditionsloge "Die Neun Schwestern" aufgenommen - in die Loge "Aufrichtigkeit und Treue", deren Mitglied Voltaire 1778, wenige Wochen vor seinem Tode, geworden war und der auch, Benjamin Franklin angehörte.

Peyrefittes Double-Sarre, im Smoking und mit verbundenen Augen, wird in den Logentempel geführt und einem Verhör unterzogen. Dann muß er bei Musik, die von Mozart zu Wagner wechselt, drei symbolische "Reisen" unternehmen, in die Stadien Kindheit, Jugend und Reife. Auf der letzten dieser Reisen - Stolper-Promenaden im Kreise der Brüder - besteht er die "Feuerprobe", indem seine Hand über einen elektrischen Heizofen gehalten wird.

Der "Meister vom Stuhl" fordert ihn schließlich auf, den Maurer-Schwur zu leisten; die Hand des Peyrefitte-Doubles ruht dabei auf der ersten Seite des Johannes-Evangeliums einer aufgeschlagenen Bibel; neben der Bibel liegen die Maurer-Attribute Winkelmaß, Zirkel und Schwert. Bei den Worten "Es werde Licht!" wird dem Adepten die Binde abgenommen; der Tempel ist hell erleuchtet, und der Meister nennt den Peyrefitte-Geweihten zum erstenmal

"Bruder".

"Trotz seines Sinns für das Komische", deutet der Autor die Empfindungen seines Helden, "entdeckte er in den Riten der Maurer nicht mehr Komik als in den Riten der Kirche."

Roger Peyrefitte: "Les Fils de la Lumière". Editions Flammarion, Paris ...<<

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über die Rolle des Jesuitenordens nach dem Zweiten Weltkrieg (x1.001/142-148): >>...

Papst Johannes XXIII. läßt die Maske fallen

Von allen in dieser Welt allgemein akzeptierten Fiktionen ist der dem Heiligen Stuhl zugesprochene Geist des Friedens und der Liebe die wohl am schwersten auszurottende - da dieser Geist der Natur des apostolischen Meisters schlechthin innezuwohnen scheint.

Trotz der nicht gänzlich bekannten oder zu schnell vergessenen Lektionen der Geschichte, muß der, der sich selbst "Statthalter Christi" nennt, in den Augen vieler notwendigerweise das vom Evangelium gelehrt Ideal der Liebe und Brüderlichkeit verkörpern. Wollen nicht Logik und Gefühl gleichermaßen, daß es so sei?

In Wirklichkeit klären uns die Ereignisse darüber auf, daß besagte positive Annahme stark abgeflaut sein muß - und wir glauben, daß es bislang hinreichend demonstriert wurde. Doch die Kirche ist umsichtig - wie wir oft erinnert werden - und es ist selten, daß ihre wahren Aktionen nicht von den unerläßlichen Vorkehrungen umgeben sind, die sich des äußeren Anscheins annehmen. "Besser arm in Ehren als reich in Schanden.", sagt das Sprichwort.

Doch Reich und in Ehren ist noch besser. Die Maxime, von der sich der steinreiche Vatikan leiten läßt. Seine politische Herrschsucht bedient sich stets "geistlicher" und humanitärer Vorwände, die über eine durch einen Goldgürtel bescherte intensive Propaganda "urbi et orbi" verkündet werden, und der auf diese Art konservierte "gute Ruf" macht den Goldstrom zu besagtem Gürtel ohne Unterlaß fließen.

Ein Abrücken von jenem Verhaltensgrundsatz gibt es für den Vatikan nicht und wo die Stellung, die er in internationalen Angelegenheiten einnimmt, durch die Haltung seiner Hierarchie deutlich zu Tage tritt, da wird durch jene feierlichen und zweideutigen Enzykliken und andere päpstliche Dokumente die Legende von der absoluten Unparteilichkeit lebendig gehalten. Beispiele dieser Art hat die Hitler-Ära erst unlängst angehäuft. Doch wie könnte es auch anders sein bei einer autoritativen (auf Ansehen beruhenden) Macht, die man als übernatürlich und zur gleichen Zeit allumfassend ansieht?

Die Vorkommen, wo man die Maske hat fallen sehen, sind äußerst selten. Denn auf daß die Welt eines derartigen Schauspiels Zeuge würde, bedürfte es einer Eventualität, die aus der Sicht des Heiligen Stuhls seine lebenswichtigen Interessen in Gefahr brächte. Erst dann wirft er sämtliche Zweideutigkeit zur Seite und gibt sämtliches ihm zur Verfügung stehende Ansehen in eine der Waagschalen.

So geschehen in Rom, am 7. Januar 1960, hinsichtlich des "Gipfel-Treffens", das, in dem Bemühen, die Bedingungen einer wirklich friedlichen Koexistenz zwischen den Verteidigern der beiden gegensätzlichen Ideologien auszuhandeln, Oberhäupter östlicher und westlicher Regierungen zusammenbringen sollte.

Die Position des Vatikans vor einem derartigen Vorhaben läßt uns freilich in keinerlei Zweifel. Das demonstrierte in den Vereinigten Staaten Kardinal Spellman (Francis Joseph Spellman, 1889-1967) deutlich, indem er die Katholiken drängte, Chruschtschow (Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, sowjetischer Politiker, 1894-1971), als dieser zu Gast beim amerikanischen Präsidenten war, ihre Feindseligkeit zu zeigen. Seinerseits und ohne es klar zu äußern, zeigte Seine Heiligkeit Johannes XXIII. in seiner Weihnachtsbotschaft keine große Lust zur "Entspannung".

Die von ihm formulierte "Hoffnung", in der Welt den Frieden hergestellt zu sehen, ein Wunsch, der in einem derartigen Dokument ein "Muß" ist, schien - mit den vielen ihn beglei-

tenden Appellen an die Klugheit westlicher Politiker -, sehr schwach. Bis hierher schaute der Vatikan aber noch freundlich drein.

Was aber geschah dann - in weniger als zwei Wochen? War etwa ... eine weitere lange gehegte "Hoffnung" geplatzt? Fing etwa infolge der Entscheidung Gronchis (Giovanni Gronchi, 1887-1978), des Präsidenten der Italienischen Republik, nach Moskau zu gehen, der Kelch der römischen Bitterkeit an, überzulaufen?

Was auch immer ablief, am 7. Januar brach urplötzlich der Sturm los - und das geistliche Donnerwetter entlud sich (mit ungekannter Wucht) über die "christlichen" Politiker, schuldig des Wollens, daß der Kalte Krieg ein Ende fände. Am 8. Januar druckte "Le Monde" das Folgende ab:

"An dem Tage, da der Präsident der Italienischen Republik sich zur Abstattung eines sorgfältig vorbereiteten offiziellen Besuchs der Moskauer Führung aufmachte, hielt Kardinal Ottaviani (Alfredo Ottaviani, 1890-1979), der Amtsnachfolger Kardinal Pizzardos (Giuseppe Pizzardo, 1877-1970) als Sekretär der Glaubenskongregation (leitender Funktionär der höchsten katholischen Behörde zum Schutz vor abweichenden Glaubensvorstellungen; seit 1965 Nachfolger der höchsten Inquisitionsbehörde "Hl. Offizium") bzw. Präfekt des Obersten Gerichtshofs der Apostolischen Signatur (Leiter des höchsten Gerichts der römischen Kurie), in der Marienbasilika bei einem morgendlichen Versöhnungsgottesdienst für "die Kirche des Schweigens" eine Rede, die höchst erstaunlich ist."

Nie zuvor hat ein einer der wichtigsten vatikanischen Posten innehabender Kirchenfürst die sowjetischen Behörden mit derartiger Wucht attackiert, noch die Westmächte, die mit jenen verhandelten, in dieser Weise gerügt.

Von jener heftigen Rede, die die von "Le Monde" soeben verwendete Bezeichnung "höchst erstaunlich" mehr als rechtfertigte, bot die Tageszeitung wesentliche Auszüge.

"Timurs Zeiten sind zurück (asiatischer Eroberer aus Transoxanien, 1336-1405)", versicherte Kardinal Ottaviani - und die russische Führung wurde als "neue Antichristen" beschrieben und es heißt, sie "verurteilen zu Deportation, inhaftieren, richten Massaker an und hinterlassen nichts als Öde". Der Redner war schockiert, denn keiner mehr nun "scheut sich, ihnen die Hände zu schütteln" und "ganz im Gegenteil entwickelte sich ein Wettrennen darum, wer sie ihnen wohl als erster schüttele und ein Lächeln mit ihnen tausche".

Anschließend erinnerte er seine Zuhörer, daß Pius XII. sich, als Hitler nach Rom kam, nach Castel Gandolfo (italienische Stadt mit päpstlicher Sommerresidenz) zurückzog - vergaß aber gleichzeitig, hinzuzufügen, daß ebendieser Pontifex einst mit Hitler ein für die Kirche höchst vorteilhaftes Konkordat abgeschlossen hatte.

Ausgespart wurde in jener heftigen Anklage auch nicht die Raumfahrt: "der neue Mensch ... glaubt, er könne durch Heldentaten im All in den Himmel eindringen und demonstriert so wieder einmal mehr, daß Gott nicht existiere."

Der Kardinal meint, die westlichen "Politiker und Staatsmänner" seien "durch den Schrecken des Verstandes beraubt", aber ihnen sei ordentlich der Kopf gewaschen, wie überhaupt allen "Christen", die hier "keine Reaktion und keinen Wutanfall" mehr erkennen lassen. ... Schließlich dieser scharfe und bemerkenswerte Schluß:

"Sind wir vermöge, uns mit jedweder Art von Entspannung zufrieden zu erklären, wo es innerhalb der Menschheit vor allem gar keine Art von Ruhe geben kann, es sei denn wir beobachten einen grundlegenden Respekt vor dem Gewissen, unserem Glauben, dem mit Speichel abermals bedeckten, dornengekrönten und geschlagenen Antlitz Christi? Können wir denen unsere Hand reichen, die solches tun?"

Diese dramatischen Worte sind nicht in der Lage, uns vergessen zu machen, daß der Vatikan schwerlich von "Respekt vor den Gewissen" reden kann, da er sie in Ländern, wo er dominiert, wie in Francos Spanien, wo die Protestanten verfolgt werden, schamlos unterdrückt. In

der Tat ist es höchst unverschämt - insbesondere seitens des Sekretärs der Glaubenskongregation! - zu fordern, daß andere jenen grundlegenden Respekt wahren, wo die römische Kirche ihn rundweg verweigert.

Die Enzyklika "Quanta cura" und der Syllabus (päpstliche Auflistung) sind unmißverständlich.

"Verdammt ist die Ansicht, jedermann sei frei, die Religion zu wählen und zu bekennen, die er, geführt vom Lichte der Vernunft, für wahr hält."

("Syllabus", Artikel XV)

" ... Zu meinen, die Glaubens- und Gewissensfreiheit seien einfach jedermanns Rechte, ist Wahnsinn."

(Enzyklika "Quanta cura")

Ausgehend von der Art, wie er "Ketzer" behandelt, nimmt es nicht Wunder, daß der Vatikan sämtliches Bemühen um Einigung zwischen "christlichen" Staaten und jenen, die offiziell atheistisch sind, systematisch verdammt. "Non est pax impilis." - "Kein Friede den Gottlosen."

Und Jesuitenpater Cavelli verkündet, wie viele andere vor ihm, daß das "dringlichste Gesetz" der römischen Kirche diese "Unnachgiebigkeit" sei.

Als Pendant zu besagter Explosion der Wut seitens des Kardinals werden wir einen weiteren Artikel zitieren, der in selbiger "Le Monde-Nummer" am 9. Januar 1960 erschien:

"Die Menschheit ist im Begriffe, sich einem Zustand zu nähern, wo gegenseitige Vernichtung zur Wahrscheinlichkeit wird. Kein anderes Ereignis in der heutigen Welt kann in seiner Bedeutsamkeit mit diesem verglichen werden. ... Weshalb wir unablässig nach einem gerechten Frieden zu streben haben."

So gesprochen von Präsident Eisenhower (Dwight David Eisenhower, 1890-1969) am gestrigen Donnerstag vor dem US-Kongreß, zur selbigen Zeit, als in Rom Kardinal Ottaviani die Koexistenz als Teilhabe an der Sünde Kains ... verdammt.

Schreiender kann der Kontrast zwischen zwei Denkweisen nicht sein: der menschlichen und der theokratischen - und nicht offensichtlicher die wegen jenes Kerns des blinden Fanatismus, den wir Vatikan nennen, über der Welt schwebende tödliche Gefahr. Sein "heiliger" Egoismus ist derart, daß die Umstände und die dringende Notwendigkeit eines internationalen Abkommens, um so die die Menschheit bedrohende totale Ausrottung zu verhindern, keine Rolle spielen.

Der Sekretär der Glaubenskongregation - dieser Nachfolgeorganisation des die Inquisition geleitet habenden Heiligen Offiziums mit seiner nur allzu bekannten Vergangenheit - zieht derartige Eventualitäten nicht in Betracht. Ob die Russen zur Messe gingen! Darauf komme es an, und wenn Präsident Eisenhower das nicht verstünde, dann weil er "durch den Schrecken des Verstand beraubt" sei, um mit den Worten des aufgebrachten "Porporatos" ("Purpurträgers") zu reden.

Die rasende Wut der Rede Kardinal Ottavianis erheitert und schockiert uns gleichermaßen. Und viele denken, daß es dieser Aufwiegler schwer haben wird, "Christen" klar zu machen, daß die Atombombe dankbar anzunehmen sei. Doch seien wir auf der Hut! Hinter diesem Sprecher des Heiligen Stuhls steht die ganze päpstliche Organisation - und insonderheit besagte verborgene, nicht aus gewöhnlichen Soldaten gebildete Jesuitenarmee. Sämtliche Mitglieder jener berühmten Kompanie arbeiten in den Machtetagen und ihre Aktivitäten können ohne viel Aufsehens außerordentlich wirksam, sprich unheilvoll sein.

Gerüchte wurden laut, daß Kardinal Ottavianis brutale Einstellung nicht exakt das Denken des Heiligen Stuhls reflektiere, sondern das der sogenannten "integristischen Bewegung" (... d.h. die eine gerechte Politik für alle Klassen betreibende Zusammenherrschaft anstrebende, rechtsextreme und oft offen mystisch-katholische Bewegung). Die katholische Presse - zu-

mindest in Frankreich - versuchte, die Bedeutung jener heftigen Rede abzuschwächen, und "La Croix" vor allem druckte nur einen kurzen Auszug ab, aus dem man sämtliche Heftigkeit herausgelassen hatte.

Wirklich weiser Opportunismus, nur konnte er keinem etwas vormachen. Es ist eben nicht möglich, daß von der Kanzel der Marienbasilika herab eine derart scharfe Kritik von außergewöhnlicher politischer Bedeutung geäußert wird, ohne daß ihr der Kongregationspräfekt und schließlich der Oberhirte zugestimmt hätte. Und letzterer hat, soweit wir wissen, seinen beredten Untergebenen nie je verstoßen. Papst Johannes XXIII. konnte doch die Bombe nicht selbst abwerfen, sondern ließ vielmehr einen der wichtigsten kurialen Würdenträger an seiner Statt auftreten und gedachte dieserart, jedermann sein stillschweigendes Einverständnis offenkundig zu machen.

Überdies und durch seltsamen "Zufall" fand zur selben Zeit eine verhaltenere Explosion statt, in Gestalt eines Artikels im "Osservatore Romano", der wieder mal den Sozialismus, selbst den nicht-marxistischen, als "der christlichen Wahrheit zuwiderlaufend" verdammt. Jene, die den besagten politischen "Fehler" verübten, würden jedoch nicht "ipso facto" ("durch den Fakt") exkommuniziert wie die Kommunisten. Sie hätten noch die Hoffnung, der Hölle zu entgehen - die Androhung des Fegefeuers (Läuterungsort, in dem die Verstorbenen ihre kleineren Sünden abbüßen, ehe sie ins Reich Gottes eingehen) aber bliebe!

Versprach sich der Vatikan hier im heftigen Erzeigen seiner Ablehnung jedes Versuchs, Ost und West zusammenzubringen, irgendwelche positiven Ergebnisse? Erhoffte er sich hier wirklich, die Staatsmänner, die besagte Friedenspolitik verfolgten, einzuschüchtern? Oder hoffte er hier zumindest, eine Gegenbewegung zur "Entspannung" unter den Gläubigen hervorzurufen?

So unvernünftig eine solche Hoffnung auch erscheinen mag, so dürfte sie doch wohl diese kirchlichen Köpfe heimgesucht haben. Deren seltsame Sichtweisen müssen einfach Illusionen dieser Art hervorbringen. Eine bestimmte Illusion konnten zudem diese Wahrsager nicht vergessen haben, eine Illusion, die sie derart lange nutzen, um jene zu täuschen, die ihnen vertrauten - und die sie offenbar miteinander teilten. Hier beziehen wir uns auf die "Bekehrung Rußlands", deren Ankündigung - 1917 - in Fatima von der Heiligen Jungfrau persönlich gemacht worden sein soll - gegenüber der Hirtin Luzie, die schließlich in ein Kloster aufgenommen wurde und die Prophezeiung einigermaßen spät, d.h. 1942, auf Wunsch ihrer Vorsteher in ihren "Erinnerungen" dokumentierte.

Dieses Lügenmärchen mag uns erheitern, doch es bleibt die Tatsache, daß es der Vatikan - unter Pius des XII. Pontifikat - in der ganzen Welt verbreitete, mit jeder Menge Ansprachen, Predigten, feierlichen Erklärungen, bergeweise Büchern und kleineren Schriften, und Rundreisen der Statue jener neuen und sehr politischen "Liebfrauenkirche" quer durch jeden Kontinent - wo sogar die Tiere, wie man uns sagte, gekommen seien, um zu huldigen. Dieser lautstarken Propaganda wird sich von den Gläubigen noch deutlich erinnert - wie der wilden Erklärungen, von denen beispielsweise diese am 1. November 1952 von "La Croix" abgedruckt wurde:

"Fatima ist zu einem Scheideweg geworden. ... Das Schicksal der Nationen kann besser dort, als um Tische herum entschieden werden."

Seine Thurifer (Rauchopfer) können sich nicht länger in Zweideutigkeit flüchten. Die Wahl ist glasklar: "Entspannung oder Kalter Krieg". - Der Vatikan wählt Krieg - und verbirgt die Tatsache nicht.

Waren uns die vergangenen Erfahrungen, selbst in der jüngsten Vergangenheit, bislang eine Lehre, dann sollte diese Entscheidung keinen mehr überraschen. Und überraschte sie jemanden, dann dürfte es, wie wir glauben, an deren rüder Bekanntgabe liegen - ganz ohne die übliche Tarnung.

Wir beginnen, die Heftigkeit zu verstehen, wo wir betrachten, was der Einsatz dem römischen Bischof bedeutete. Indem wir ihn für fähig halten, daß er eine Hoffnung aufgab, die so alt wie das Morgenländische Schisma selber ist, jene Hoffnung, orthodoxe Gläubige über einen militärischen Erfolg wieder unter ihren Gehorsam zu bringen, würden wir den Vatikan fehl einschätzen. Hitlers Aufstieg entsprang dieser hartnäckigen Hoffnung - die letztlich Niederlage aber seines Kreuzzugs öffnete der römischen Kurie noch immer nicht die Augen für das Törichte einer derartigen Bestrebung.

Und es gab noch einen weiteren und viel drängenderen Wunsch: die Befreiung Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei, dieser recht bekannten "Kirche des Schweigens", die eine solche mittlerweile und nur infolge der - für den Heiligen Stuhl - unerwarteten Wende der Ereignisse im Nazi-Feldzug geworden ist.

"Allzu viel ist ungesund": ein weises Sprichwort, das Fanatiker nie inspirierte.

Um seinen ostwärts gerichteten Marsch, seinen kirchlichen "Drang nach Osten" fortzusetzen und zunächst seine verlorenen Stützpunkte zurückzuholen, baut der Vatikan nach wie vor auf den deutschen "weltlichen Arm", seinen wichtigsten europäischen Verfechter in der Notwendigkeit neuer Kraft und Vitalität. Mit dem Kanzler und päpstlichen Geheimkämmerer Konrad Adenauer (1876-1967) hatte er an die Spitze der Bundesrepublik - den westlichen Teil des Großdeutschen Reichs - einen Vertrauten gesetzt und die von diesem verfolgte Politik läßt für mehr als fünfzehn Jahre deutlich den Stempel des Heiligen Stuhls erkennen.

Zunächst große Vorsicht und eine opportune "liberale" Geisteshaltung an den Tag legend, arbeitete der von seinen Landsleuten mit dem Spitznamen "der alte Fuchs" bedachte Mann an der Wiederaufrüstung seines Landes.

Selbstverständlich war die "moralische" Aufrüstung der Bevölkerung und der deutschen Jugend insonderheit ein unabdingbarer Anhang des ersteren.

Deshalb werden wichtige Posten in den westdeutschen Ministerien und Behörden von nicht wenigen Personen mit berüchtigter NS-Vergangenheit bekleidet - die Liste ist lang - und - gerade erst zum Kriegsverbrecher verurteilt - leiten Industrielle wie Krupp (Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, 1907-1967, seit 1943 Alleininhaber der Fa. Krupp, 1947/48 wegen "Plünderung" von Wirtschaftsgütern im besetzten Ausland und "Sklavenarbeit" zu 12 Jahren Haft verurteilt, 1951 begnadigt,) und Flick (Friedrich Flick, 1883-1972, hatte 1933-45 maßgeblichen Einfluß in der deutschen Rüstungsindustrie und kontrollierte mit seinem Familienkonzern die Montanwerke der besetzten europäischen Länder, 1947 zu 7 Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen) schon wieder ihre gigantischen, neu für sie aufgebauten Werke.

Der Zweck heiligt die Mittel. Und dieser Zweck ist klar genug: Siegfrieds neues Schwert zu schmieden - die für die Rache erforderliche - die auch die des Vatikans ist.

Und so geschieht es auch mit genauer Gleichzeitigkeit, daß der Kanzler-Kämmerer in einem einer niederländischen Zeitschrift gegebenen Interview die von Kardinal Ottaviani eben erst vorgetragene Sturmrede widerspiegelte:

" ... Die friedliche Koexistenz von Völkern, deren Standpunkte völlig entgegengesetzt sind, ist eben eine Illusion, die leider noch zu viele Unterstützer findet."

Die am 7. Januar in der Marienbasilika gehaltene "Brand-Predigt" (flammende Predigt) ging - wie zufällig - Konrad Adenauers Rombesuch um wenige Tage voraus. Die Berichte der Presse unterstrichen einstimmig die freundliche und verständnisvolle Atmosphäre, die während der Privataudienz vorherrschte, die Seine Heiligkeit Johannes XXIII. dem deutschen Bundeskanzler und seinem Außenminister von Brentano (Heinrich von Brentano, 1904-1964) gab.

In der "L'Aurore" kann man sogar lesen:

"Dieses Treffen bewirkte eine eher unerwartete Erklärung seitens des Kanzlers, als er auf die den Mut und Glauben des deutschen Regierungsoberhauptes lobende päpstliche Ansprache antwortete:

"Ich denke, daß Gott dem deutschen Volk eine besondere in diesen bewegten Zeiten zu spielende Rolle zgedacht hat: der Beschützer des Westens gegen die gewaltigen Einflüsse des uns bedrohenden Ostens zu sein."

"Combat" bemerkte richtig:

"Das hörten wir eben erst - nur kürzer: "Gott mit uns." (das Motto auf dem Koppelschloß der deutschen Soldaten im Ersten Weltkrieg).

Und jene Zeitung fügte hinzu:

"Dr. Adenauers Heraufbeschwörung des der deutschen Nation zugesprochenen Wirkens fand seine Inspiration in einer ähnlichen Erklärung des vorangegangenen Papstes. Was die Vermutung zuläßt, daß der unter den gegenwärtigen Umständen diesen Satz aussprechende Dr. Adenauer davon ausging, bei seinen Zuhörern Gehör zu finden."

Im Grunde müßte man selten naiv und in völliger Unkenntnis der Grundlagen der Diplomatie sein, um zu denken, daß diese "unerwartete" Erklärung nicht Teil des Programms gewesen sei. Wir wetten auch, daß sie keinerlei Schatten warf auf "das ausgedehnte Gespräch, das Adenauer mit dem Staatssekretär des Heiligen Stuhls Kardinal Tardini (Domenico Tardini, 1888-1961) führte, den er in der deutschen Botschaft zum Mittagessen einlud".

Selbst Katholiken, die die Eingriffe der römischen Kirche in Staatsangelegenheiten längst gewohnt waren, hatte die von Kardinal Ottaviani ausgesprochene spektakuläre Einmischung der Glaubenskongregation in die internationale Politik schockiert. Dessen war sich Rom bewußt. Die Aufrechterhaltung des Kalten Krieges aber ist für die politische Macht, ja den finanziellen Wohlstand des Vatikans derart lebenswichtig, daß er - wenn auch der erste Anlauf keine Gegenliebe erfuhr - die Wiederholung solcher politischer Ansichten nicht scheute.

Eine weitere Gelegenheit verschaffte ihm Chruschtschows Frankreichreise im März 1960. Eine der von dem sowjetischen Ministerpräsidenten zu besuchenden Städte war Dijon. Wie sämtliche seiner Kollegen in der gleichen Situation, so hatte der Oberbürgermeister von Dijon den Gast der Französischen Republik höflich zu empfangen. Nur daß der OB der Burgunderhauptstadt Kanonikus Kir (Felix Kir, 1876-1968) war - und somit ein Geistlicher.

Nach kirchlichem Recht war dem Priester zur Annahme dieses Doppelamtes - mit sämtlichen daraus erwachsenden Aufgaben und Pflichten - vom Heiligen Stuhl einst die ausdrückliche Genehmigung erteilt worden. Den Chruschtschow-Empfang untersagte dem OB-Kanonikus jetzt allerdings der Bischof.

Und unter diesen Umständen ging Sutane vor Amtsschärpe.

Also begrüßte den Besucher ein für den unabhkömmlichen OB einspringender Mitarbeiter. Die ungezwungene Art aber, mit der die "Hierarchie" bei dieser Gelegenheit der weltlichen Obrigkeit spottete, erweckte spitzeste Bemerkungen. Am 30. März schrieb "Le Monde":

"Wer ist dem OB von Dijon eigentlich weisungsberechtigt: der Bischof oder der Präfekt? Und über diesen Vertretern der Zentralgewalt: der Papst oder die französische Regierung? Das ist die von allen gestellte Frage. ..."

Die zweifelsfreie Antwort: Erst die Theokratie. Von nun an aber - müssen sich da die Gäste der Französischen Republik, um von einem Sutane tragenden Oberbürgermeister empfangen zu werden, mit Beichtzetteln (Bescheinigungen über abgelegte Beichten) eindecken?

Richtig bemerkt zudem der "Le Monde-Herausgeber" im oben genannten Artikel:

"Jenseits dieser französischen internen Frage macht uns die Kir-Affäre ein größeres Problem bewußt. Die Tätigkeit des Vatikans hat nicht allein mit den Beziehungen zwischen einem OB und seiner Regierung zu tun. In der Art, wie sie stattfand, stellt sie einen direkten und spektakulären Eingriff in die internationale Diplomatie dar."

Das ist gewiß wahr - und die von ihr nahezu allerorten hervorgerufenen Reaktionen zeigen, daß diese Affäre von der Weltöffentlichkeit ausreichend verstanden wurde. Vor allem in den Vereinigten Staaten begann die Öffentlichkeit, die bereits Zeuge der von den Kardinälen

Spellman und Cushing (Richard James Cushing, 1895-1970) organisierten feindseligen Demonstrationen während Chruschtschows Besuch geworden war, die wirkliche Unabhängigkeit, die ein römisch-katholischer Präsident im Hinblick auf den Heiligen Stuhl wahren könnte, in Frage zu stellen.

Viele fürchteten in jenem Falle die keineswegs geringe Gefahr, daß sich des Landes Außenpolitik gerade jetzt den Interessen der römischen Kirche und damit der Vorverurteilung der nationalen Interessen künftig beugen würde.

Nach der von Kardinal Ottaviani abgeworfenen Bombe organisierte man nunmehr gegen die Ost-West-Entspannungs-Bewegung "öffentlich" den Widerstand. Ein absurdes Instrument, mag mancher sagen, verglichen mit jenen, die drohten, Nationen, die im völligen Stillstand eines knurrenden Antagonismus verharrten, - früher oder später - unter Trümmern zu begraben. Doch können wir sehen, wie sich der Vatikan, aus den "geistlichen" Waffen, zu deren Gebrauch er gezwungen war, das Beste zu machen anstrebte. Währenddessen die die vatikanische Politik steuernden Jesuiten ihr äußerstes gaben, um das "Schlimmste", was je über dem Heiligen Stuhl schwebte, zu verhindern: ein internationales, den Gang zu den Waffen abschließendes Abkommen.

Was würde aus dem Rufe des Vatikans, seiner politischen Bedeutung und sämtlichen aus ihr herrührenden Vermögens- und anderen Vorteilen, würde er sich infolge eines derartigen Abkommens nicht mehr verschwören können, seinen Einfluß geltend machen, sein Zusammenwirken mit den Regierungen wegflunkern, manche begünstigen oder andere einschüchtern, sich Nationen entgegenstellen, zum Eigennutz Konflikte schaffen, und könnte er nicht mehr seinen maßlosen Bestrebungen dienende Soldaten finden?

Niemandem - und insbesondere nicht den Jesuiten - bleibt es verborgen, daß eine allgemeine Abrüstung für die römische Kirche als Weltmacht das Ende wäre. Und das "geistliche" Oberhaupt höchstselbst ins Wackeln käme. ...<<

17.01.1962

Österreich: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (3/1962) berichtet am 17. Januar 1962 über den im österreichischen Fernsehen gesendeten Monolog des "Herrn Karl": >>Mieslinge überall

Und dann ist der Hitler kummen", plauderte der feiste Mann auf dem Bildschirm. "Na ja, des war eine Begeisterung ... ein Jubel ... Endlich amal hat der Wiener a Freid ghabt ..."

Bevor noch der Mann mit dem schwitzenden Rundgesicht, laut Programmankündigung "Der Herr Karl", seinen erinnerungstrunkenen TV-Monolog beendet hatte, waren die Telephonleitungen zum Wiener Sender blockiert. Österreichs Fernsehzuschauer, verärgert wie noch nie zuvor, protestierten en masse.

"Der Herr Karl", notierte der Wiener Kritiker Hans Weigel, "wollte einem bestimmten Typus auf die Zehen treten, und ein ganzes Volk schreit 'Au'."

"Der Herr Karl", der den Österreichern im November auf die Zehen trat, wiegt über zwei Zentner: Wiens Star-Kabarettist Helmut Qualtinger. Als Mitautor und Allein-Interpret des Einakters "Der Herr Karl" demonstrierte das 33jährige Schwergewicht "komödiantische Kraft" in solchem Ausmaß, daß sich seine Landsleute pauschal verunglimpft fühlten:

In echtem Wiener Beißerdialekt sagte Qualtinger den Österreichern - wie die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" aus Wien berichtete - "mehr Wahrheiten ins Gesicht, als sie während der letzten 16 Jahre ... zu hören bekamen".

Der Durchschnitts-Österreicher Karl, den Qualtinger zusammen mit dem Autor Carl Merz modelliert hat, entspricht in keiner Weise dem Klischee des betulichen, liebenswerten Donau-Anrainers: Er ist ein unsympathischer Dickwanst mit talmigoldenem Wiener-Herzen auf dem unrechten Fleck; er geht mit biedermännischem Charme über Leichen, stets bereit zum Mitlaufen ("Mir warn ja immer unpolitisch").

Meditiert Qualtinger-Karl: "Andere, mein Lieber; die habn sich gsund gestessn ... I war ein Idealist ... Was war i? Bei der NSV ... a nationalsozialistische Volkswohlfahrt ... Da hat si kaner was denkt, wann er dazu gangen is ... Heut ist man ja aa überall ... bei der Gewerkschaft und 50 ..."

Bosheit an Bosheit fügend, läßt Qualtinger den Österreicher Karl mal beim Schutzbund, mal bei der Heimwehr, mal bei der SS schmarotzen, einen Juden zum "Gehsteigfegen" führen ("Irgendwer hätt's ja wegwischen müßn") und vor den Amerikanern liebbedienern. Die Erinnerung an die Anschlußepoche mag Karl "nicht missen".

Besonders diese Schilderung der Anschlußfreuden war es, die Österreichs Neupatrioten dem Kabarettisten Qualtinger übelnahmen. "Kaum ist Gras über die Sache gewachsen", dolmetschte ein Funktionär der österreichischen Fluggesellschaft "Austrian Airlines" nationale Bedenken, "da kommt so ein Kamel und frißt es wieder ab."

Vergebens bemühte sich der österreichische Rundfunk-Programmbeirat, das rechte Maß für die Beurteilung des Qualtinger-Stücks zu finden. Vorsitzender Professor Rudolf Henz:

"Viele haben viel gelacht, einige Mitglieder des Beirates waren ganz dafür, andere wieder halb dagegen, dann gab's welche, die waren halb dafür, und andere wiederum ganz dagegen."

In ähnliche Verlegenheit hatte Qualtinger, der fette Großmeister Wiener Kleinkunst, Österreichs Prominentenschar schon des öfteren gebracht. Als der Unterrichtsminister Hurdes einst zu einem Kampf gegen "Schmutz und Schund" aufrief, ließ Qualtinger von einer Hausfassade ein großes "U" abmontieren und schickte es Hurdes mit gebührender Empfehlung: Der Vokal "U" solle aus dem Alphabet gestrichen werden, da er doch in allen unsittlichen, unseriösen und unschönen Wörtern vorkomme.

Zu seinem jüngsten Streich äußerte sich Qualtinger unschuldsvoll. "Wer sagt denn", sprach er, "daß der Herr Karl ein typischer Österreicher ist?" Sein Stück sei den Karl-Typen schlechthin gewidmet, weil es "in dieser Zeit der Vertuschung und Beschwichtigung nicht schaden kann, den Kleinen vorzuspielen, wie klein sie sind".

Dennoch schlug die nationale Empörung in Österreich erneut empor, als Anfang dieses Jahres bekannt wurde, daß Qualtingers Monodrama demnächst auch vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlt werden soll (14. März, Zweites Programm). Wieder fluteten Beschwerden in das Wiener Funkhaus. Tenor der Protestbriefe:

Derartiger Kultur-Export sei Verrat an Österreich. "Die Äußerung eines Politikers", berichtete der Wiener Fernsehdirektor Gerhard Freund, "daß ich dafür nach Sibirien gehöre, will ich vernachlässigen."

Immerhin trug Qualtinger dem nationalen Sentiment Rechnung: Eine Bühnenfassung des "Herrn Karl", mit der er im April in den Münchner Kammerspielen gastieren wird, weist Veränderungen auf. Da sich "die Münchner nicht ungetrübt darüber freuen sollen, wie mies die Österreicher sind", will der Kabarettist auch über den "Hilfszug Bayern" meditieren, dessen Gulaschkanonen beim Anschluß 1938 Hitlers Politik propagieren halfen.

Qualtinger, im Stile des Herrn Karl: "Mieslinge gibt es überall." ...<<

24.02.1962

BRD: Der "Evangelische Pressedienst veröffentlicht am 24. Februar 1962 das "Memorandum der Acht" (x155/94): >>... Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar die Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verlorengaben müssen. ...

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie mag in vergangenen Jahren außenpolitisch ein denkbares Handelsobjekt gewesen sein.

Heute schließen wir uns der Meinung jener Sachverständigen an, die glauben, daß die öffent-

liche Anerkennung dieser Grenze ... unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen würde, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen.<<

18.03.1962

Algerien: Durch den Waffenstillstand von Evian wird am 18. März 1962 der Algerien-Krieg (von 1954-1962) beendet.

März 1962

USA: Der afroamerikanische Bürgerrechtler Malcolm X (1925-1965, eigentlich Malcolm Little, Sprecher der 1930 in den USA gegründeten islamischen Bewegung "Black Muslims") erklärt im März 1962 während einer Diskussion an der Cornell Universität (x058/200-201):
>>Während die Weißen in der Vergangenheit unbegrenzte Autorität und Herrschaft über die schwarze Menschheit ausübten, verlieren sie heute nach und nach das Vermögen, den Schwarzen allseitig Vorschriften zu machen.

Während die schwarzen Nationen noch gestern bei ihren eigenen Angelegenheiten nicht mit-sprachen, so sprechen sie heute in ihren eigenen Angelegenheiten das entscheidende Wort, was bedeutet, daß die Stimme des weißen Mannes oder der weißen Welt täglich leiser und die Stimme der farbigen Welt täglich lauter wird. ...

... Die gleiche Rebellion, die gleiche Ungeduld, der gleiche Zorn, die in den Herzen der schwarzen Leute in Asien und Afrika vorhanden ist, existiert auch in Herz und Geist der 20 Millionen Schwarzen in diesem Lande, die genauso gründlich kolonisiert wurden wie die Menschen in Afrika und Asien.

Ich möchte betonen, daß sich Amerika lächerlich macht, in internationalen Konferenzen auf-zustehen und sich als den Führer der freien Welt zu bezeichnen. Hier ist ein Land, Onkel Sam, das aufsteht und mit dem Finger auf die Portugiesen, auf die Franzosen und andere Kolonialisten zeigt, und in dem es andererseits 20 Millionen schwarze Leute gibt, die zu Bürgern zweiter Klasse verdammt sind.

20 Millionen schwarze Leute, die noch immer (von den Weißen) getrennt werden. ... Amerika predigt das eine und praktiziert das andere. Und (deshalb) wollen wir uns gar nicht mit Heuchlern zusammentun, die das eine predigen und das andere tun.

Der einzige Weg, das bestehende Rassenproblem zu lösen, besteht darin, die Gefühle der Massen, nicht die der Minderheit zu betrachten; die Mehrheit nicht die Minderheit. Und es ist erwiesen, daß die Masse der weißen Leute nicht wollen, daß die Neger mit Gewalt ihre Nachbarn werden, und die Masse der schwarzen Leute denkt nicht daran, daß dies eine Lösung sein könnte; es bleiben also als Befürworter der Integration nur die Negerminorität, wie ich sagte, die Bourgeoisie und die weiße Minderheit, die sogenannten weißen Liberalen übrig.

Aber der gleiche weiße Liberale, der offen bekennt, die Integration zu wünschen, zieht als erster aus, wenn der Neger in seine Nachbarschaft umzieht. ...

Wenn nun alle schwarzen Leute in die weißen Gemeinden umzögen, hätten wir über Nacht einen Rassenkrieg. Wenn schon 4 oder 5 kleine Studenten, die in New Orleans zur Schule gehen, einen Aufruhr erzeugen, wie wir ihn hier unten gesehen haben, was, glauben Sie, würde geschehen, wenn alle schwarzen Leute die Schule besuchten, die sie wollen?

Wir würden einen Rassenkrieg haben. Deshalb empfinden wir, daß unsere Auffassung ... vernünftiger ist, als hier herumzulaufen und darauf zu warten, daß die Weißen uns den Zutritt zu ihrer Mansarde oder ihrem Kellergeschoß erlauben. ...<<

02.04.1962

BRD: Das BdV-Präsidium kritisiert am 2. April 1962 das "Memorandum der Acht", eine Erklärung von 8 bekannten Protestanten – darunter sind u.a. Joachim Beckmann, Klaus von Bismarck, Werner Heisenberg, Ludwig Raiser und Carl Friedrich von Weizsäcker - (x155/91-

94): >>1. Die Verfasser betonen im ersten Absatz des außenpolitischen Teils, niemand erwarte von der Bundesregierung, daß sie Ansprüche verschenke. ...

Sie fallen aber – wie es auch allgemein aufgefaßt wird – der Politik der Bundesregierung in den Rücken, indem sie das stalinistische Ulbricht-Regime unter Einbeziehung Ost-Berlins als selbständigen Staat anzuerkennen bereit sind.

Sie treten – weil dieses in ihren Augen nur ein "nationales Anliegen" ist – nicht ein für das Selbstbestimmungsrecht der Millionen Deutschen, die aus ihrer angestammten Heimat in unmenschlicher Weise vertrieben wurden. Sie treten ferner nicht ein für das Selbstbestimmungsrecht der unter kommunistischem Joch in Unfreiheit lebenden osteuropäischen Völker.

Wir meinen:

Eine deutsche Außenpolitik darf nicht darauf abgestellt sein, das Selbstbestimmungsrecht nur dann zu fordern, wenn es nicht als "nationales Anliegen" gewertet wird, andererseits dieses Recht Millionen Deutschen zu verweigern. Das Selbstbestimmungsrecht ist unteilbar. ...

2. Die Verfasser des Memorandums schlagen den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete vor. Sie versprechen sich davon einerseits ein besseres Verhältnis zum kommunistischen Polen, andererseits hoffen sie, dadurch den sowjetischen Einfluß auf Polen schwächen zu können.

Wir meinen:

Eine deutsche Ostpolitik kann nicht allein aus dem Blickwinkel des Verhältnisses Deutschlands zu Polen betrachtet werden. aber auch hierbei unterliegen die Verfasser des Memorandums einem Wunschdenken, das durch keine Tatsachen gerechtfertigt ist. Tatsächlich beherrscht der Kreml das Warschauer Regime. ...

Allem Wunschdenken sei die Ansicht Gomulka-Polens entgegenzuhalten, die im Regierungsblatt des polnischen kommunistischen Regimes, der "Zycie Waszawy" wiedergegeben ist:

"Es gibt heute in Europa Politiker, die sich einbilden, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch den Westen werde zu einer Lockerung der polnisch-sowjetischen Beziehungen beitragen. Diese Spekulationen können mit einem Wort bezeichnet werden: Irrtum!"

Im übrigen: Wehe dem polnischen Professor, der es im vorigen Jahrhundert, als Polen aufgeteilt war, gewagt hätte, den Glauben an eine nationale Einheit und Wiederherstellung der polnischen Nation als politische Illusion zu bezeichnen!

3. Die Verfasser des Memorandums wollen die völkerrechtswidrige Annexion deutschen Staatsgebietes gutheißen; sie wollen die schwere Verletzung des Völkerrechts, nämlich die unmenschliche Vertreibung Millionen Deutscher legalisieren und damit zugleich einen dauernden Unrechtstatbestand schaffen.

Wir meinen: Wo Unrecht herrscht, kann kein dauerhafter Friede begründet werden. Wer die Vertreibung von Menschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat nicht verurteilt, wer den Vertriebenen das Selbstbestimmungsrecht vorenthält, entzieht sich selbst die moralische Grundlage, zukünftig gleichartige Rechtsbrüche zu verurteilen, und leistet weiteren Rechtsbrüchen Vorschub.

Wer solches Unrecht im deutschen Osten sanktioniert, kann nicht beanspruchen, am Aufbau einer freien demokratischen Welt und eines friedlichen Europa mitzuarbeiten. ...

5. Wir Heimatvertriebenen bekennen uns zu einem neuen Europa. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Wir verzichten aber nicht auf unsere demokratischen Rechte, die zugleich Menschenrechte sind. ...

Jede irgendwie geartete "Verzichtspolitik" auf deutsches Land fordert zum schärfsten Protest von Millionen deutschen Heimatvertriebenen heraus. ...

7. Keiner der Unterzeichner des Memorandums ist von irgendeiner Stelle der evangelischen Kirche zu der von ihnen abgegebenen Stellungnahme legitimiert. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat erklärt, daß es sich bei dem Memorandum um eine Äußerung von Privatpersonen handele. ...

Um so begrüßenswerter ist es, daß der Ostkirchenausschuß in seiner Stellungnahme vom 5. März 1962 die Unterzeichner des Memorandums auf die Pflichten eines aufrechten Christenmenschen u.a. mit folgenden Worten hingewiesen hat:

"Wer als Christ politisch zu handeln hat, weiß um die Undurchschaubarkeit der Wege Gottes und beugt sich seinem jeweiligen Walten in Demut und Vertrauen; das entbindet ihn jedoch nicht der Pflicht, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, wo immer es von ihm gefordert wird."<<

05.05.1962

Äthiopien: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 5. Mai 1962 über das afrikanische Entwicklungsland Äthiopien (x191/203): >>... Da in Äthiopien einem Mann mit einem Paar Ochsen und dem alten Hakenpflug höchstens die Bearbeitung von 4 Hektar möglich ist, kann die bäuerliche Familie nur 4 bis 5 Kinder ernähren.

Da nun aber die bessere ärztliche Fürsorge es ermöglicht, daß 9 bis 12 Kinder je Familie aufwachsen, kommen die Familien in Ernährungsschwierigkeiten.

Notwendig ist also, daß ärztliche Betreuung und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik parallel laufen, da sonst die Kinder nicht mehr an Krankheiten sterben, sondern vor Hunger. ...<<

01.06.1962

Israel: Adolf Eichmann (1906 in Solingen geboren) wird am 1. Juni 1962 im Gefängnis von Ramle, bei Tel Aviv, hingerichtet.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Adolf Eichmann (x051/140): >>Eichmann, Adolf, geboren in Solingen 19.3.1906, gestorben in Ramle bei Tel Aviv 1.6.1962 (hingerichtet), SS-Obersturmbannführer (9.11.41); aufgewachsen in Linz (Oberösterreich), abgebrochenes Maschinenbaustudium, Arbeiter, Vertreter, Mitglied bei Wandervogel und Jungfrontkämpferbund.

Durch Bekanntschaft mit Kaltenbrunner kam Eichmann am 1.4.32 zur österreichischen NSDAP und zur SS. In Bayern machte er 1933/34 eine militärische Ausbildung bei der SS-Verfügungstruppe und trat als SS-Scharführer am 1.10.34 ins SD-Hauptamt ein, wo er im "Judenreferat" Auswanderungsangelegenheiten bearbeitete.

Die Erfahrungen – Eichmann verhandelte mit zionistischen Funktionären, hatte sogar ein wenig Hebräisch gelernt und war 1937 auf Inspektionsbesuch in Palästina – kamen ihm zustatten, als er im August 38 mit dem Aufbau einer "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" in Wien beauftragt wurde: In weniger als anderthalb Jahren trieb diese 150.000 österreichische Juden zur Auswanderung.

Die nächste Position brachte weniger "Erfolge": Die "Reichszentrale für die jüdische Auswanderung", die Eichmann im Oktober 39 in Berlin übernahm, verlor im Krieg ihre Bedeutung. Auswanderung wurde durch Deportation ersetzt, und auch hier war Eichmann führend beteiligt:

Seit Dezember 39 im RSHA, Amt IV, Referat IV D4 für "Auswanderung und Räumung", dann im Referat IV B4 für "Judenangelegenheiten und Räumung" zuständig, wurde Eichmann zur zentralen Figur der Deportationen von über drei Millionen Juden aus dem gesicherten deutschen Machtbereich in die Vernichtungslager im Rahmen der sogenannten Endlösung der Judenfrage. Er besuchte Auschwitz, drängte verbündete Regierungen zur Auslieferung ihrer jüdischen Bürger, verhandelte mit Joel Brand über den – gescheiterten – Freikauf ungarischer Juden (1944) und organisierte auch vor Ort Transporte in die Todesfabriken.

Dennoch als v.a. Schreibtischtäter wenig bekannt, konnte Eichmann 1946 aus amerikanischer Gefangenschaft fliehen, mit kirchlicher Hilfe nach Argentinien entkommen und dort untertauchen (falscher Name u.a. Richard Klement); sogar der Nachzug der Familie gelang ihm.

Israelische Geheimagenten spürten ihn schließlich auf und entführten ihn nach Israel, wo er in

einem aufsehenerregenden Verfahren (2.4. bis 11.12.61) vor Gericht gestellt und zum Tod verurteilt wurde.<<

03.07.1962

Algerien: Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle entläßt Algerien nach 132 Jahren Besatzung am 3. Juli 1962 in die Unabhängigkeit (x175/558).

05.09.1962

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (36/1962) berichtet am 5. September 1962 über den umstrittenen sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg: >>**Tötet, tötet, tötet**

Vor bald zwei Jahren, am 25. November 1960, gab der Münchner Kindler Verlag im "Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel" bekannt:

"Ilja Ehrenburg, der sowjetrussische Revolutionär, Romancier, Essayist und Propagandist, hat seine Memoiren geschrieben. Er, der Verfasser des 'Julio Jurenito' und des 'Tauwetters', war stets groß - und umstritten ... Der erste Band von Ehrenburgs Autobiographie erscheint in Kürze."

Der letzte Satz dieser Annonce erwies sich als voreilig: Erst jetzt, zwanzig Monate nach der Börsenblatt-Ankündigung, lieferte Kindler die Ehrenburg-Memoiren an den deutschen Buchhandel aus.

Erst jetzt können auch deutsche Leser - nach Russen, Engländern, Franzosen, Italienern und Dänen - zur Kenntnis nehmen, wie der heute 71jährige Stalinpreisträger, Weltfriedensrat-Vizepräsident und Rubelmillionär seinen nach eigenem Wort "an Schleifen reichen" Lebensweg interpretiert.

Ehrenburg, "In unserer Jahrhunderthälfte wechselten gar zu häufig die Bewertungen von Menschen und Ereignissen. ... Gedanken und Gefühle fügten sich unwillkürlich dem Einfluß der Umstände. ... Vergeßlichkeit war zuweilen ein Gebot der Selbsterhaltung."

Selbsterhaltung hat Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg, den sein Landsmann und Kollege Wladimir Majakowski einen "verschreckten Intelligenzler" nannte, stets vortrefflich zu üben gewußt. Dem Einfluß der Umstände hat er sich selten verschlossen.

Als die Weltwirtschaftskrise 1929 außer vielen anderen Unternehmen auch das literarische Ehrenburg-Geschäft im Westen ruinierte, kehrte der kosmopolitische Montparnasse-Habitué aus dem geliebten Paris, in dem er, mit Unterbrechungen, seit 1909 zu Hause war, in das von ihm vorher durchaus kritisch beurteilte Reich Stalins zurück, wo ihm staatlich dirigierte Großaufträge winkten. Die revolutionäre Epoche der Sowjetkunst wurde liquidiert: Majakowski beging Selbstmord, Isaak Babel verschwand - er wurde wahrscheinlich umgebracht -, und Ehrenburg erkannte, daß "nicht alles (so) kommt, wie man es sich gedacht hat". Er schrieb schlechte, aber linientreue Bücher und überlebte.

In seinem Roman "Der Fall von Paris" (1941) verschwieg er den Pakt Stalins mit Hitler; sein enthusiastisches Lob Titos in dem Roman "Sturm" (1947) ließ er aus späteren Auflagen entfernen. Im Krieg appellierte er an die Verbundenheit aller Juden der Welt und forderte sie zur Unterstützung der Sowjet-Union auf, nach dem Krieg attackierte er in der "Prawda" Zionisten und "heimatlose Kosmopoliten". 1952 ließ Stalin mehrere russische Schriftsteller jiddischer Sprache töten - der russisch-jüdische Schriftsteller Ehrenburg überlebte auch Stalins Antisemitismus.

Nach Stalins Tod war Ehrenburg termingerecht mit der Erzählung "Tauwetter" zur Stelle. Heute widmet er sich der Rehabilitierung lang verfemter russischer Schriftsteller. "Ehrenburg", so urteilte der amerikanische Literaturhistoriker Gleb Struve, "spielte fast zu allen Zeiten die Rolle des offiziellen Stimmungsbarometers" in der Sowjet-Union.

"Viele meiner Zeitgenossen kamen unter die Räder der Zeit", erkennt der überlebenstüchtige Memoiren-Autor heute. "Ich blieb am Leben."

Begründung: "Weil es Zeiten gibt, da das Schicksal eines Menschen nicht einer Schachpartie,

sondern einem Lotteriespiel gleicht."

Autobiograph Ehrenburg memoriert, teils geist- und aufschlußreich, teils flüchtig generalisierend, seine Begegnungen oder Freundschaften mit Picasso und Pasternak, Majakowski und Modigliani, Joyce und Jessenin, Lenin und Leger und vielen anderen Zelebritäten des Jahrhunderts. Er preist Paris ("Diese Stadt hat mich überwältigt") und schmäht das Berlin der zwanziger Jahre ("Apostel des Amerikanismus"). Künstlerisch liberal, politisch stets linientreu, verteidigt er Picasso gegen das Banausentum des "sozialistischen Realismus", lobt er Picasso, weil auch "1956" - gemeint ist das sowjetische Eingreifen in Ungarn - nichts dessen "Vertrauen in die Sowjet-Union erschüttern konnte".

Der erste Band der Ehrenburg-Erinnerungen, den der Kindler Verlag jetzt an die Buchhandlungen auslieferte, reicht bis zum Jahr 1934. In der Moskauer Zeitschrift "Nowy Mir", die seit 1960 die Memoiren vorab druckt, sind unlängst bereits Ehrenburgs Aufzeichnungen über die späteren Jahre des Stalin-Terrors bis zum Kriegsausbruch erschienen. Kindler will diese Kapitel später ebenfalls veröffentlichen.

Daß sich die Publikation des ersten Ehrenburg-Bandes in Deutschland verzögerte, hat seinen Grund: Der Sowjet-Autor ist deutschen Lesern weniger als Verfasser des satirisch-anarchistischen Romans "Julio Jurenito" (1922) und der antistalinistischen Erzählung "Tauwetter" (1954), auch nicht so sehr als Freund Picassos und Fürsprecher künstlerischer Liberalisierung in der Sowjet-Union bekannt, sondern vielmehr als angeblicher Urheber eines Aufrufs zur Schändung deutscher Frauen. Ehrenburg soll gegen Ende des Krieges die Sowjet-Soldaten angespornt haben:

Tötet, tötet! Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht! Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute. Tötet, ihr tapferen, vorwärtsstürmenden Rotarmisten!

Ehrenburg - hat seine Urheberschaft an derlei Aufrufen mehrfach bestritten, so gegenüber dem SPIEGEL: "Wenn jemand - beweist und zeigt, wo ich das geschrieben habe - die Frauen zu vergewaltigen -, bin ich bereit, mich auf die Knie zu werfen, ich weiß nicht vor wem, selbst vor den Überresten Hitlers. Ich habe das niemals geschrieben. Ich bin kein umgekehrter Rassist."

Mindestens seit zehn Jahren, seit der Autor Walter Görlitz den Schändungsaufruf in seinem Werk "Der Zweite Weltkrieg" zitierte und kommentierte " (Ein Aufruf, der alle Verstöße - gegen das Völkerrecht, - welche sich das nationalsozialistische Regime hatte zuschulden kommen lassen ... in seiner Scheußlichkeit verblässen ließ)", wird dieser Text dem Sowjet-Autor Ehrenburg in Deutschland immer wieder öffentlich angelastet. Als Görlitz-Zitat wird er auch im "Internationalen Biographischen Archiv" angeführt, dem sogenannten Munzinger-Archiv; das viele deutsche Zeitungen als biographische Auskunftsquelle benutzen.

Kindlers Ehrenburg-Publikation ließ den Schändungsaufruf jetzt wiederum in deutschen Zeitungsspalten auftauchen. Einige Blätter zitierten den Text in oder zu ihren Rezensionen der Autobiographie. Lingenbrink, eine der größten westdeutschen Kommissionsbuchhandlungen, die Buch-Einzelhändler beliefern, lehnte den Vertrieb der Ehrenburg-Erinnerungen unter Hinweis auf den Vergewaltigungsaufruf ab. Die "Deutsche Soldaten-Zeitung" beurteilte, ihrem Moralempfinden entsprechend, die Veröffentlichung der Memoiren sogar als einen "Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes".

Die "Zeit" fragte: "Können wir uns Ilja Ehrenburg leisten?" und ließ unter anderen den Schriftsteller Martin Walser antworten: "Die Rote Armee mußte nicht von einem Literaten aufgehetzt werden. Es genügte wohl, den Rotarmisten mitzuteilen, wie sich unsere Spezial - Einheiten in der Sowjet-Union vorwärts mordeten. Aber zweifellos: Ein Deutschenhasser ist

er. Soll ich ihn deshalb mit weniger Interesse lesen? Bin ich verpflichtet, zurückzuhassen?"

Dem Verleger Helmut Kindler war die Ehrenburg zugeschriebene Vergewaltigungsparole bereits Ende 1960, auf seine Börsenblatt-Annonce hin, von empörten Konsumenten vorgehalten worden. Kindler trug den Protesten Rechnung:

Am 27. Januar 1961 ließ er im "Börsenblatt" wissen, "staatsbürgerliche Bedenken" hätten den Verlag bewogen, Ehrenburgs Äußerungen während des Zweiten Weltkrieges zu überprüfen und die Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung der Memoiren vom Ergebnis dieser Prüfung abhängig zu machen.

Der Münchner Verleger befand sich in ähnlicher Lage wie einige Monate vorher der Wiener Vizebürgermeister Mandl, der im April 1960 den Volkszorn zu spüren bekam, weil er Ehrenburg zu einem ostwestlichen Kulturmeeting in die österreichische Hauptstadt eingeladen hatte (SPIEGEL 16/1960).

Mandl verteidigte sich damals, indem er auf Ehrenburgs schon früher abgegebenes Dementi hinwies - Ehrenburg:

"Ich habe diesen Aufruf nie geschrieben. Ich fordere wen auch immer heraus, mir das Original einer russischen Zeitung, Zeitschrift oder sei es auch nur eines Flugblattes vorzulegen, in dem dieser schandbare Aufruf enthalten ist."

Ein Original des laut Görlitz millionenfach als Flugblatt verbreiteten Schändungsaufrufs war nicht aufzutreiben.

Ebenso unbeweisbar wie Ilja Ehrenburgs Urheberschaft blieb aber auch die Urheberschaft des NS-Propagandaministers an diesem Aufruf. Ehrenburg: "Ich wußte es schon während des Krieges, als Dr. Goebbels die geradezu teuflische Idee hatte, einen solchen Aufruf zu fabrizieren und ihn mit meinem Namen zu unterschreiben."

Hätte Goebbels wirklich den Aufruf zu Propagandazwecken erfunden, wäre der Text damals weidlich in der parteioffiziellen Presse ausgeschlachtet worden.

Das Münchner "Institut für Zeitgeschichte" jedoch, das der Wiener Vizebürgermeister um Aufklärung gebeten hatte, konnte dem Hofrat Mandl nichts anderes mitteilen, als es schon 1957 dem Auswärtigen Amt in Bonn auf Anfrage berichtet hatte: "Bemerkenswerterweise fanden wir den Aufruf auch nicht im Völkischen Beobachter, den wir von Juli 1944 bis April 1945 durchgesehen haben."

Auch in den beim "Institut für Zeitgeschichte" archivierten dokumentarischen Unterlagen, die der Schriftsteller und "Quick-Autor" Jürgen Thorwald für sein Buch "Es begann an der Weichsel" benutzt und dem Institut überlassen hatte, fand sich kein Beleg für die Schändungsparole.

Das Thorwald-Buch, 1950 im selben Steingrüben-Verlag erschienen, in dem 1952 "Der Zweite Weltkrieg" von Walter Görlitz herauskam, wurde von Görlitz erst kürzlich noch als Quelle für sein Ehrenburg-Zitat benannt. Tatsächlich aber kommt das Zitat, so wie Görlitz es anführt, in dem Thorwald-Bericht nicht vor. Thorwald erwähnt einen zwar ähnlichen, aber kürzeren angeblichen Aufruf Ehrenburgs:

Tötet, ihr Rotarmisten, tötet! Denn es gibt nichts, was an den Faschisten unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht. Tötet!

Die von Görlitz zitierte Vergewaltigungsparole - "Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute" - fehlt bei Thorwald. Auf die Frage des SPIEGEL, woher er denn, wenn nicht von Thorwald, sein Ehrenburg-Zitat habe, erklärte der Weltkriegshistoriker und "Welt-Redakteur" ("Griff in die Geschichte") Walter Görlitz, möglicherweise habe er es dem nach Kriegsende erschienenen Buch "Im besiegten Deutschland" eines geflüchteten Rotarmisten namens Sabik Wogulow entnommen.

Diese Schrift soll, wie die "Deutsche Soldaten-Zeitung" schrieb, in russischer Sprache gedruckt worden sein und in russischen Emigrantenkreisen zirkuliert haben. Görlitz glaubt sich

zu erinnern, sie deutsch gelesen zu haben. Vielleicht, erklärte der Historiker, habe er sein Zitat aber auch aus einem Zeitungsartikel.

Das Institut für Zeitgeschichte betreibt seine Ehrenburg-Forschung seit 1956: Damals fragte die Evangelische Akademie Loccum wegen der Schändungsorder an - ohne Erfolg.

Zwar wollen sich heute noch viele ehemalige deutsche Soldaten und Offiziere fest daran erinnern, an der Ostfront einen Ehrenburg-Aufruf zur Vergewaltigung deutscher Frauen entweder in erbeutetem russischem Propaganda-Material gelesen oder aus sowjetischen Frontlautsprechern gehört oder durch die Vernehmung gefangener Rotarmisten erfahren zu haben. So schrieb ein ehemaliger Stabsoffizier der "Wehrmacht-Heeresgruppe Mitte" Ende 1960 an das Bundesarchiv in Koblenz, das ebenfalls Ehrenburg-Recherchen betreibt:

"Ich erinnere mich genau, daß wir meines Erachtens verschiedene Flugblätter von Ilja Ehrenburg bei der Heeresgruppe Mitte bekommen hatten. Daß dabei von flachshaarigen, Frauen als 'Beute' die Rede war, steht außer Zweifel."

Indes, ein dokumentarischer Beleg für den Schändungsappell konnte bislang von niemandem beigebracht werden. Die Archivarin des "Instituts für Zeitgeschichte", Hildegard von Kotze, erklärt: "Wir haben uns an alle in Frage kommenden Institute, des In- und Auslandes, überhaupt an alle erdenklichen Stellen und Personen gewandt, aber wir haben bis heute nichts: über die Herkunft dieses Zitats gefunden."

Eine andere Auskunft konnte das Münchner Institut schließlich auch dem staatsbürgerlich besorgten Verleger Kindler nicht erteilen. Da auch alle anderen Stellen, die Kindler befragt hatte - unter anderem Bundesverteidigungsministerium, Bundespresseamt, Institut zur Erforschung der UdSSR, Rias, Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen, Osteuropa-Institut, Harvard University und Wolfgang Leonhard -, die Urheberchaft Ilja Ehrenburgs an dem Schändungsaufruf nicht nachweisen konnten, mochte Kindler die Ehrenburg-Memoiren dem deutschen Publikum nicht länger vorenthalten, zumal inzwischen der Münchner Goldmann Verlag mit einer eigenen Übersetzung der Ehrenburg-Erinnerungen, verteilt auf mehrere Taschenbücher, Kindler zuvorkommen wollte.

So ungewiß also nach wie vor ist, ob Ilja Ehrenburg speziell zur Schändung deutscher Frauen aufgerufen hat, so wenige Zweifel bestehen andererseits, daß er die Rote Armee im "Großen Vaterländischen Krieg" mit nicht gerade zimperlichen Parolen angefeuert hat.

Gewiß nicht als einziger Sowjet-Schriftsteller, aber doch wohl als einer der prominentesten, erfüllte er das Soll, das die Zeitschrift des Sowjetischen Schriftstellerverbandes, "Literatur und Kunst", 1942 vorgeschrieben hatte: "Wie nie zuvor ist heute die aktivierende Funktion der Kunst von größter Wichtigkeit; sie besitzt die unschätzbare Fähigkeit, die Menschen zum Kampfe anzufeuern. ... Sie sollte zu einer Waffe in der Hand der Soldaten werden ... den Ruf nach Rache erschallen lassen."

Dieser staatlich vorgezeichneten Linie treu, aber wohl auch aus vollem Herzen, animierte der Literatur-Aktivist Ehrenburg die Sowjetkrieger zum Beispiel:

- "Wenn du im Laufe des Tages nicht wenigstens einen Deutschen getötet hast, ist dein Tag verloren."

- "Man muß hundert Deutsche töten, damit hundert andere sich besinnen ... Man muß zehntausend Deutsche töten, damit hundert Schwankende sich gefangen geben."

- "Der Deutsche hat kein Mitleid mit russischen Kindern, der Deutsche hat Mitleid nur mit sich selbst ... Man muß dem Deutschen zeigen, was der Krieg auf deutschem Boden bedeutet."

- "Es gibt nichts Schöneres für uns als deutsche Leichen".

Ehrenburg zum SPIEGEL: "Als die Nazi-Armee in unser Land einfiel, dachten unsere Soldaten, daß die deutschen Arbeiter und Bauern gezwungen worden seien, daß nur die Generäle gegen uns sind, daß man die Ankunft der Soldaten abwarten müsse, um sich gleich mit ihnen zu verständigen. Hätten wir in diesem Augenblick nicht erklären können, daß die Mehrzahl

der Deutschen Hitler unterstützte, hätten wir unsere Armee nicht zum wirklichen militärischen Widerstand aufrufen können."

Ehrenburgs Kampf-Appelle wurden den Rotarmisten per Zeitung, Flugblatt und Rundfunk nahegebracht oder von Offizieren vorgelesen. Nach Auskunft eines DDR-Lexikons avancierte Ehrenburg damals zu einem "Lieblingsschriftsteller der Sowjet-Armee", und die Ostberliner Schriftstellerin Anna Seghers erinnerte zum 70. Geburtstag Ehrenburgs im "Neuen Deutschland" daran, "daß die Soldaten der Roten Armee aus den Zeitungsblättern, auf denen seine Artikel standen, keine Zigaretten drehten".

Der Propagandist hat freilich auch den Undank des Vaterlandes zu spüren bekommen. Schon kurz vor dem Fall von Berlin - Stalin verkündete damals: "Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt bestehen" - wurde Ehrenburg vom Agitprop-Chef Georgij Alexandrow in der "Prawda" gerügt, seine Kriegsartikel seien "falsch konzipiert" und stellten "eine Abart des mit dem Sowjetgeist unvereinbaren Faschismus und Rassenhasses" dar.

In drei je 400 Seiten starken Bänden mit dem Titel "Krieg" wurde dennoch Ehrenburgs Propaganda-Prosa, von 1942 bis 1944 gesammelt, in Moskau gedruckt. Aus diesen Bänden nahm unlängst die Münchener "Deutsche Soldaten Zeitung" das Material für eine selbstgerecht und ohne Rücksicht auf die Leistungen deutscher Besatzer im Osten kommentierte "Dokumentation über den größten Mordhetzer der Weltgeschichte: Ilja Ehrenburg".

Das rechtsradikale Blatt zitierte seitenlang drastische Stellen im Faksimile - etwa Ehrenburgs Mahnung: "Jetzt gibt es keine Bücher, keine Liebe, keine Sterne, nichts außer dem einzigen Gedanken: die Deutschen zu töten. Sie alle zu töten. Zu vergraben."

Auch für die spezielle Geringschätzung, die Ehrenburg deutschen Frauen entgegenbrachte, finden sich in den "Krieg-Bänden" Beispiele. So schrieb Ehrenburg: "Gretchen ist die Muse des Raubes ... Wenn Hitler in einer Münchner Bierkneipe den Raub verherrlicht und sich damit brüstet, daß die Deutschen die Ukraine beraubten, dann spricht mit seinem Mund auch das blonde, Lockere, unersättliche Gretchen!"

Oder: "So wie die Fritzen sind auch die Gretchen. Für diese egoistischen, stumpfen Weibchen kann man kein anderes Wort finden als nur 'gewissenlos'. Natürlich singen sie sehr gern Romanzen über 'deutsche Liebe' und 'deutsche Treue', aber sie paaren sich mit dem ersten besten."

Solche und ähnliche Stilproben des Schriftsteller Ilja Ehrenburg, der sich in seinen Memoiren über die verderbliche Wirkung nationaler Vorurteile verbreitet ("Friedliche Koexistenz ... ist ohne gegenseitige Aufgeschlossenheit undenkbar"), reichten der "Deutschen Soldaten-Zeitung" aber noch nicht aus: In der vierten Folge ihrer Ehrenburg "Dokumentation" mischte sie unter die authentischen Ehrenburg-Zitate auch den Schändungsaufruf - freilich ohne Faksimile-Abdruck.

Auf Anfrage erklärte der Chefredakteur der "Soldaten-Zeitung", Dr. Gerhard Frey: Faksimiles der "Krieg-Buchseiten" seien nur anfangs veröffentlicht worden, in den späteren Folgen habe die Redaktion "aus Platzgründen und um den Leser nicht zu langweilen" darauf verzichtet. Für alle in der "Soldaten-Zeitung" veröffentlichten Ehrenburg-Texte, versicherte Dr. Frey, seien aber dokumentarische Belege vorhanden.

Der Beleg für den Schändungsaufruf jedoch war trotz intensiver Nachsuche in der Redaktion der "Soldaten-Zeitung" nicht mehr aufzufinden.<<